

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Florian Streibl

Abg. Horst Arnold

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Martin Hagen

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Markus Plenk

Abg. Andreas Winhart

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Corona hält die Welt weiter in Atem. In anderen Ländern herrschen zum Teil chaotische und dramatische Zustände. Krankensysteme sind fundamental überfordert; Ärzte entscheiden über Leben und Tod wie in Kriegszeiten; Volkswirtschaften brechen zusammen, und die Arbeitslosigkeit steigt in astronomische Höhen. All das findet in der Welt statt – zum Glück nicht bei uns. Zum Glück sind wir bisher besser weggekommen. Vieles ist uns erspart geblieben. Bayern und Deutschland sind deutlich besser durch die Krise gekommen als viele, viele andere Regionen und Länder der Welt. Das war aber nicht sicher. Das war auch nicht absehbar.

Ziemlich genau vor einem Monat kamen wir hier zusammen. Ich habe damals eine erste Regierungserklärung zu Corona abgegeben. Damals war völlig unklar, ob wir das schaffen. Ich selbst war sehr, sehr besorgt, und ich gebe zu: Ich bin es immer noch. In den vergangenen vier Wochen haben wir gemeinsam als Land, als Politiker und auch als Bürger zusammen viel bewegt.

Zum Vergleich: Damals stiegen die Neuinfektionen täglich um fast 25 %; heute liegen wir im Sieben-Tages-Mittel bei etwas über 2 %, am heutigen Tag sogar bei 1,0 %. Damals lag die Verdoppelungsdauer bei drei Tagen; heute liegt sie bei 34 Tagen. Damals lag der Reproduktionsfaktor bei 6 – das heißt, einer hat sechs angesteckt –; heute liegt der Reproduktionsfaktor unter 1, nämlich bei 0,7. Damals gab es kaum Genesene, aber viele, viele Neuinfektionen; am heutigen Tag gibt es fast doppelt so viele Genesene wie Neuinfizierte. Wir liegen bei den wesentlichen Kennzahlen mittlerweile zum Teil sogar unter dem Bundesdurchschnitt – und das, obwohl Bayern aufgrund der

Nähe zu Österreich, aufgrund der Ferien und der Ferienausflügler ganz besonders betroffen war.

Unser Gesundheitssystem hat in der gleichen Zeit gut funktioniert, und es hat gehalten, zum Beispiel bei den Tests. Seit Beginn der Krise haben wir in Bayern über 370.000 Tests durchgeführt. Wir sind jetzt täglich im Schnitt bei 12.000 Tests. Unser Ziel ist, diese Zahl auf mehr als 25.000 zu erhöhen. Schon heute hat nach Auskunft unseres Landesamtes für Gesundheit Bayern umgerechnet auf 100.000 Einwohner eine höhere Testkapazität und testet mehr als Länder wie Österreich, Großbritannien, die Niederlande, Japan und sogar Südkorea, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Unsere Gesundheitsämter haben wir personell massiv aufgestockt. Dies ist wichtig, um die Nachverfolgung zu erleichtern, um vor Ort aktiv zu sein und um vor allem in der Phase der Stabilisierung Infektionsketten verfolgen zu können. Kaum ein Bundesland hat bisher schon so viel gemacht. Wir haben uns von Anfang an bemüht. 4.000 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in den Gesundheitsämtern in über das gesamte Land verteilten 650 Teams à fünf Personen eingeteilt, die insbesondere dann, wenn die freiwillige digitale App des Bundes kommen sollte, ein relativ engmaschiges und funktionierendes Konzept der Nachverfolgung etablieren sollen.

Unsere Krankenhäuser haben bislang hervorragend standgehalten. Die Versorgung hat funktioniert. Dort, wo besondere Hotspots waren und die Gefahr bestand, dass zu wenig Betten vorhanden sind, hat das Konzept der Verlegung in andere Häuser aufgrund der guten Abstimmung, auch mit den Kommunen, geklappt. Wir haben die Zahl der Intensivbetten mit Atemgeräten in der Zwischenzeit um 17 % erhöht. Ziel ist, diese Zahl kontinuierlich zu erhöhen. Die Situation ist im Moment so stabil, dass wir wieder andere OPs zulassen können. Nicht jedes Bett muss freigehalten werden. Jetzt gibt es wieder die Möglichkeit, auch andere Operationen, die verschoben wurden, durchzuführen.

Wir können in der Not auch noch mehr teilen. Es gab immer wieder den Wunsch – ich habe ihn auch aufgegriffen –, nicht nur italienischen, sondern auch französischen Patienten zu helfen. Wir werden mit weiteren zwanzig Betten die Möglichkeit schaffen, dann zu helfen, wenn Bedarf besteht. In der Not zu helfen ist ein wichtiges Gebot.

Ich ziehe ein erstes Zwischenfazit. Die Zahlen und die Situation in den Krankenhäusern zeigen, dass unsere Strategie geholfen hat. Die Tendenz ist verhalten positiv, und es gibt tatsächlich Anlass zur Hoffnung. All das, was wir gemeinschaftlich beschlossen haben, hat funktioniert. Es war aber wichtig, dies konsequent, rechtzeitig und entschlossen zu tun. Ohne diese Strategie und ohne unser Handeln wäre Bayern von Corona überfahren worden. Zeitpunkt und Inhalt unseres Handelns waren richtig.

Für diese Zwischenbilanz danke ich allen hier im Bayerischen Landtag. Wir haben Bayern vor dem Schlimmsten bewahrt. Ich danke allen, die mitgeholfen haben: dem gesamten Team der Staatsregierung, den Behörden, aber – das sage ich bewusst – auch dem gesamten Landtag, auch der Opposition. Es gab viele, viele gute Ideen – das werden Sie heute in der Regierungserklärung noch merken –, die ich immer versucht habe anzunehmen, aufzunehmen und zu reflektieren, um gemeinschaftlich etwas zu entwickeln.

Ein ganz besonderer Dank geht natürlich an unsere Ärzteteams, Pflegerinnen und Pfleger, Rettungsdienste und die Polizei; denn ohne ihren übermenschlichen Einsatz hätten wir in den letzten Wochen erheblich mehr Probleme bekommen. Wir haben nicht nur mit Worten Danke gesagt. Wir haben – ich weiß nicht, ob das andere Bundesländer auch so gemacht haben – mit dem Pflegebonus von 500 Euro und der Zurverfügungstellung von Essen und Getränken den Dank nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zum Ausdruck gebracht. Ich will hier noch einmal danken: Herzlichen Dank an alle, die in den Kliniken und Einrichtungen so gut mitgeholfen haben.

(Allgemeiner Beifall)

Neben dem Dank an das medizinische Personal, neben dem Dank an den öffentlichen Dienst geht vor allem auch ein Dank an unsere Bürgerinnen und Bürger. Ohne ihre Geduld und ohne ihr Verständnis wäre die Lage eine ganz andere gewesen. Daher noch einmal Danke, aber auch meine Bitte, jetzt nicht nachzulassen. Geduld hat Leben gerettet. Ungeduld kann Leben wieder riskieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger, ich finde, wir haben den Stress- und Charaktertest bisher ganz gut bestanden. Es ist aber nicht vorbei. Es handelt sich um einen ganz schmalen Grat. Die Entwicklung ist zerbrechlich. Corona ist kein Gewitter, das einmal kommt und von dem man annimmt, dass es durchzieht und dann schon wieder vorbei wäre. Corona bleibt leider.

Das sehen Sie an anderen Ländern wie Singapur, die ein Auf und Ab erleben müssen, obwohl sie eine sehr starke staatliche Struktur, ja sogar eine autoritäre Struktur haben. Corona lässt sich nicht so leicht vertreiben. Solange kein Impfstoff, kein Medikament vorhanden ist, ist das einzig substanzvoll wirksame Konzept: Vorsicht, Distanz und Geduld. Es wird nicht so schnell ein normales Leben geben, sondern ein Leben mit Corona. Das Leben mit Corona ist eben anders als das Leben, das wir bislang kennen.

Ich bin dankbar, dass wir keine unkontrollierten, überstürzten Exit-Debatten führen. Andernfalls würde – und das ist ganz sicher – ein Rückfall drohen. Ein Rückfall hätte erheblich stärkere Wirkungen als jene, über die wir am Anfang diskutiert haben. Dabei sage ich ausdrücklich: Die Mahnung zur Vorsicht, die Mahnung zur Umsicht, Maß, Mitte und Besonnenheit walten zu lassen, heißt nicht, dass man dabei blind oder stur sein muss. Man muss sein Konzept jeden Tag überprüfen, überlegen und wägen: Ist der Schritt angemessen, ist er verhältnismäßig, muss er nachjustiert, muss er erweitert oder verändert werden?

Wir hatten von Anfang an alles im Blick. Wir verfolgen einen mehrdimensionalen, einen komplexen Politikansatz. Dazu gehört die medizinische Seite – natürlich. Dazu gehört die ökonomische Seite – ganz bestimmt. Dazu gehört aber auch – ich sage das ausdrücklich – die gesellschaftliche Seite; denn die Beschränkungen, die wir haben,

sind natürlich schon von substanziellster Art. Sie beschränken die Freiheit, und sie beschränken das öffentliche, aber auch das soziale Miteinander. Wir nehmen das alles sehr, sehr ernst, und wir wägen ab.

Alles, was wir tun, ist keine Alleinentscheidung von mir oder der Staatsregierung, sondern das geschieht im Kontext von Gesprächen und Beratungen, und das entwickelt sich täglich weiter. Wir haben zum Beispiel ein großartiges Expertenteam aus Virologen, Epidemiologen und Medizinern – Vertretern der Uniklinik –, die uns medizinisch beraten. Frau Prof. Protzer gibt uns jeden Tag einen guten und klugen Rat, was die Entwicklung angeht. Wir haben eine Monitoringgruppe eingesetzt. An deren Spitze stehen Frau Breit-Keßler, die auch dem Bayrischen Ethikrat vorsteht, und zwei sehr erfahrene ehemalige OLG-Präsidenten aus Nürnberg und Bamberg, die die juristischen Fragen, die Verhältnismäßigkeiten klären. – Das heißt, wir werden beraten, und wir beraten uns.

Wir werden aber auch geprüft. Unzählige Bürgerinnen und Bürger haben die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Maßnahmen bei Gericht beantragt. Wir haben jedoch bislang – das können wir sagen – von allen obersten Gerichten die Rechtmäßigkeit und die Verfassungsmäßigkeit unseres Handelns bestätigt bekommen – vom Bundesverfassungsgericht, dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof und dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.

Ich sage aber ausdrücklich: Selbst wenn das alles verfassungsgemäß und rechtmäßig ist, stellt sich natürlich die Frage: Muss das ein Dauerzustand sein? Gibt es nicht Veränderungen? – Ich verstehe jeden, und zwar nicht nur im Parlament, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, die Schülerinnen und Schüler, die Kinder und die Erwachsenen, der so schnell wie möglich wieder Normalität möchte. Ich selbst möchte so viel Freiheit wie möglich, aber eben auch so viel Sicherheit wie notwendig. Mein Amtseid gebietet, die Bayern zu schützen, und diesen Eid werde ich weiterhin konsequent erfüllen. Unser Corona-Fahrplan ist deswegen jetzt überprüft, angemessen und verhältnismäßig gewogen und auf seine Wirksamkeit überprüft.

Wie geht es in den nächsten Wochen weiter? Der Zwischenstand ist: verhalten positiv. – Jetzt einfach so weiterzumachen, wäre, glaube ich, nicht die Konsequenz. Wir müssen uns langsam weiterentwickeln, und unsere Philosophie heißt: Fortsetzen mit Erleichterungen; erleichtern mit Schutz: auf Sicht fahren und die Vorsorge weiter ausbauen.

Bayern war und ist vorsichtiger als andere Bundesländer. Wir haben früher gehandelt und gehen auch zeitversetzt in die entsprechenden Veränderungen hinein. Wir erleichtern in Stufen, aber eben nicht so schnell oder so überstürzt wie der eine oder andere. Wir kontrollieren die Zahlen, wir beobachten das Geschehen, und wir reagieren entsprechend – je nachdem, wie sich die Zahlen und die Situation entwickeln.

Ich sage Ihnen: Das müssen wir auch tun, weil es nicht nur um Infektionen, sondern auch um Todesfälle geht – jeden Tag mehr. Corona bleibt tödlich. Wir haben eine hohe Zahl von Todesfällen, und Ihnen geht es, glaube ich, wie mir: Jeder einzelne schmerzt.

Achtung und Vorsicht sind das Konzept für die Zukunft. Wir sind mit der vorsichtigen Haltung in Deutschland übrigens nicht allein. Es gibt andere Bundesländer – und davor habe ich Respekt –, die am Anfang ein niederes Infektionsgeschehen hatten und sagen: Wir können stärker öffnen. – Gerade wir im Süden von Deutschland denken ähnlich. Ich werde mich noch diese Woche in Ulm mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten – mit Distanz – treffen, um die Entwicklungen zu beraten. Wir Bayern gehen mit Baden-Württemberg ganz eng Seite an Seite bzw. handeln eins zu eins, weil wir eine ähnliche Entwicklung haben; ich glaube, dass in diesen Zeiten eine Zusammenarbeit notwendig ist.

Wie ist der Fahrplan im Einzelnen? – Ab heute gilt, dass die Ausgangsbeschränkungen bis 4. Mai verlängert sind. Das heißt, das Distanzgebot bleibt. Es gibt keine Lockerung des Distanzgebots. Bitte deshalb keine Gruppenbildung; das ist weiterhin gültig, denn das ist die mit Abstand wirksamste Maßnahme. Ausgangsbeschränkung oder Kontaktsperre: Abstand halten ist das Wichtigste.

Wir ergänzen jedoch – und das ist, glaube ich, in dieser Zeit angemessen –, dass wir, wie in anderen Bundesländern, den Kontakt mit einer Person erlauben. Das war auch ein Wunsch, der vielfach an mich herangetragen wurde.

Bei Geschäften und bei Schulen machen wir keinen überstürzten Kaltstart, denn das muss klug vorbereitet sein. Ja, Erleichterungen sind sinnvoll, und zwar auch aus ökonomischer Sicht. Wir brauchen aber einen Schutz und Hygienekonzepte, und es kommt auch hier darauf an, den Abstand zu sichern. Heute ist der erste Schritt für diese Woche die Öffnung der Bau- und Gartenmärkte und der Gärtnereien. Wir sind das letzte Bundesland, das diese jetzt öffnet; in allen anderen Bundesländern waren sie schon geöffnet. Das ist sozusagen die erste Vorlaufphase für diese Woche.

Erst ab nächster Woche – und das ist anders als bei anderen – kommen dann der Auto-, der Fahrrad- und der Buchhandel ohne eine Quadratmeterbeschränkung sowie alle anderen Geschäfte bis 800 m² hinzu. Nur, damit sich keiner täuscht: Das bedeutet, dass fast 80 % des Handels wieder geöffnet werden.

Jetzt fragen viele nach den 800 m². Ich bin ganz ehrlich: Mir ist das fast zu viel. Wir müssen das sehr sorgfältig beobachten. – Das war ein Kompromiss unter den Ländern, und es gibt auch eine baurechtliche Einordnung: das ist der Unterschied zwischen Einzel- und Großhandel.

Der entscheidende Ansatz ist aber ein anderer. Der entscheidende Ansatz ist: Wir müssen versuchen, nicht auf einen Schlag zu Massenandrang und Massenansturm in den Städten zu kommen, sodass außerhalb der Geschäfte – darum geht es mir – eine substanzielle Entwicklung und Kontrolle, eine geordnete Entwicklung nicht mehr möglich sind. Wir werden in einigen anderen Ländern, in denen das anders gehandhabt wird, sehen, wie sich das auf das Infektionsgeschehen auswirken wird. Ich befürchte, wenn wir an der Stelle überstürzt handeln und ungeduldig reagieren, kann das zu erheblichen Auswirkungen bei der Gesundheit führen.

Ich sage ganz offen: Wir beobachten jetzt zusammen mit dem Bund die Entwicklung in den nächsten zwei, drei Wochen, und wenn sich die Zahlen stabilisieren, wenn die Entwicklung positiv ist, geht sicherlich mehr. Sollten sich die Zahlen aber wieder deutlich verschlechtern, dann kann es sein, dass wir anders entscheiden müssen.

Meine Empfehlung lautet: Lieber etwas langsamer und vorsichtiger, aber dafür umso nachhaltiger. Ein ständiges Stop-and-go führt auch nicht dazu, dass die Bevölkerung mitgehen wird. Erleichterungen: Ja, aber mit Auflagen. Es braucht Hygiene- und Schutzkonzepte für alle Geschäfte, also nicht nur für die neu zu öffnenden, und für den gesamten ÖPNV; denn wir erweitern die Möglichkeiten des Kontaktes, und in bestimmten Bereichen ist es eben schwerer, die Distanz so einfach zu wahren. Das muss daher geordnet werden.

Wir haben mit den Ministerpräsidenten letzte Woche darüber beraten, wie das geschehen soll. Diesbezüglich gab es sehr unterschiedliche Auffassungen. Mit Frau Schweig, Frau Dreyer und mit Michael Kretschmer war ich von Anfang an der festen Überzeugung, dass Mund-Nasen-Schutz und Masken eine ganz zentrale Rolle spielen werden. Ich hatte mich in dieser Konferenz für eine Verpflichtung ausgesprochen. Es gab eine lange Diskussion, die in dem Kompromiss einer dringenden Empfehlung für ein Gebot endete.

Seit letztem Donnerstag habe ich mich noch einmal ausführlich informiert und auch abgewogen. Ich habe mit der Bevölkerung gesprochen, aber vor allem auch mit unseren Experten, die uns beraten. Ich hatte schon Frau Prof. Protzer, aber auch Herrn Prof. Hölscher und andere erwähnt, und es gab auch aus dem Parlament unterschiedliche Stimmen. Deswegen haben wir uns entschieden, wenn wir diese Erleichterung machen, sie konsequent mit einem Schutz zu begleiten. Appelle allein werden wahrscheinlich nicht die notwendige Sicherheit sein. Das heißt – die Frau Präsidentin hat es angesprochen – es gibt in dieser Woche ein "Maskengebot", und man spürt übrigens schon, wie viele es annehmen, nicht nur hier im Hohen Hause, sondern auch draußen.

Man spürt, es geht, und viele machen es schon. Diese Woche gilt also die Freiwilligkeit. Aber damit sich alle rechtzeitig darauf einstellen können: Ab nächster Woche wird mit dem Zeitpunkt der Eröffnung der Geschäfte, mit der Möglichkeit, dass mehr Schule stattfindet – darüber werden wir gleich noch reden –, und mit erhöhtem Aufkommen im ÖPNV eine andere Situation vorhanden sein. Dafür brauchen wir eine andere Schutzwirkung, und deswegen werden wir ab nächster Woche eine Mund-Nasen-Schutz-Verpflichtung festlegen. Man nennt das auch "Maskenpflicht". Das gilt dann auch für den ÖPNV und für alle Geschäfte, auch für die, die bisher schon geöffnet hatten und eine solche Verpflichtung nicht hatten. Wir sind damit übrigens das erste Bundesland in Westdeutschland, das so etwas machen will.

Mund-Nasen-Schutz bedeutet: Alltagsmasken, Community-Masken und alles, was es da gibt. Da wird es sicherlich interessante Beispiele geben. Ich selber bekomme jeden Tag Masken zugeschickt, an denen man sieht, was man alles machen kann. Ich habe welche mit den unterschiedlichsten Farben gesehen. Da ist alles möglich. Es gilt auch: Ein Schal ist ausreichend. Wichtig ist es, das Ganze nicht nur über den Mund, sondern auch über die Nase zu ziehen. Darüber hinaus gilt es, diesen Schutz regelmäßig zu desinfizieren und zu reinigen. Im Übrigen ist es nicht der alleinige Schutz, aber wenn wir Erleichterungen erreichen wollen, ist es wichtig, den Schutz an dieser Stelle zu verstärken.

Für Hotspots – das sage ich ausdrücklich – kann schon in dieser Woche – wenn es kommunal gewünscht wird – eine solche Verpflichtung festgelegt werden. Wir haben die Anfrage vorliegen und das gemeinsame Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Straubing geführt, da Straubing in der Tat im Ranking sehr stark betroffen ist. Es wird dort bereits ab dieser Woche gemacht.

Also: Ab nächster Woche gibt es eine Verpflichtung zum Mund-Nasen-Schutz. Manche nennen es auch eine "Maskenpflicht".

Von den Community-Masken zu unterscheiden – das ist wichtig – sind die medizinischen Masken. Solche sind ausschließlich dem medizinischen Personal vorbehalten: Praxen, Krankenhäuser, Alten und Pflegeheime sowie Behinderteneinrichtungen.

Während Textilmasken relativ schnell und leicht zur Verfügung stehen, da sie selbst gemacht werden können und, wie man sehr schön sieht, auch zu kaufen sind, ist es bei diesen medizinischen Masken deutlich anders. Dort gab es vor vier Wochen noch extreme Engpässe. Die Lage hat sich etwas stabilisiert, aber nicht komplett entspannt. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Staat prioritär dafür sorgen, dass die Versorgung dort klappt.

Der Bund hat sein Konzept deutlich überarbeitet im Hinblick auf hohe Funktionalität. Wir haben Einkauf und Lagerung zentralisiert, professionalisiert, und wir haben – um auf den internationalen Märkten das Ganze zu erreichen und zu verbessern – die besten Einkäufer eingesetzt, also das normale Beschaffungswesen, das man in der öffentlichen Struktur hat, ergänzt durch Profis von Messen und Flughäfen, die das seit vielen Jahren machen und die uns insbesondere auf den asiatischen Märkten, wo einer der Hauptproduktionsstandorte ist, eine Verbesserung bringen. Das scheint zu funktionieren. Außerdem haben wir auch die Eigenproduktion angekurbelt, die jetzt erfolgreich vorankommt.

Also: Wir haben bei medizinischen Masken noch einige Engpässe, aber das wird von Woche zu Woche immer besser. Das können Sie auch den Gesprächen mit den zuständigen Trägern im Gesundheitswesen entnehmen.

Für die Geschäfte gilt es also ab nächster Woche mit den genannten Einschränkungen zu öffnen. Am 4. Mai kommen dann Friseure und Fußpflege hinzu. Gerade bei den Friseuren – das sieht man auch hier im Hohen Hause – freut sich der eine oder andere auf einen Besuch. Da gilt dann besonders auch die Maskenpflicht und das Abstandhalten. Das Friseurhandwerk hat da übrigens eine Reihe von hervorragenden Vorschlägen gemacht.

Kaufhäuser, Shoppingmalls bleiben vorerst zu. Das gilt übrigens auch für den ganzen Bereich Gastro und Hotellerie sowie Tourismus. Ich weiß, das ist schmerzlich für diejenigen, die gerne wieder einmal essen gehen oder sich mit Freunden treffen würden. Genauso schmerzlich ist es auch für die Branche selbst; denn keine andere Branche ist so stark betroffen wie dieser Bereich. Wir verstehen das. Gleichwohl muss ich sagen, es gibt schon eine Reihe toller Beispiele, wie den Lieferservice oder Angebote to go, die sich jetzt entwickeln können.

Aber eines ist ganz klar: Der Bereich der Gastronomie war der Ausgangspunkt der Infektion. Ob es der Après-Ski in Ischgl war – nicht die Skipiste, aber der Après-Ski –, ob es der Karneval war oder etliche Starkbierfeste, das waren einfach die Drehscheiben für Viren. Deshalb ist das der Bereich, in dem man mit Abstand am zurückhaltendsten sein muss, zumal auch andere gängige Schutzkonzepte in der Gastronomie schwerer umzusetzen sind. Der Mundschutz ist beim Essen relativ sinnwidrig, und das Abstandhalten ist zumindest dort, wo es um Alkohol geht, mit der Dauer der Zeit und der Verweildauer zumindest immer schwieriger. Deswegen ist Zurückhaltung geboten.

Ich selbst hoffe, dass wir bis Pfingsten deutlich bessere Signale aussenden können. Das ist allerdings nur eine Hoffnung, kein fester Fahrplan. Jeder, der heute einen Fahrplan verspricht und meint, ein Datum setzen zu können, unabhängig vom Infektionsgeschehen, setzt sich dem Vorwurf aus, dass er nicht den gesamten Ansatz der Dramatik verstanden hat.

Aber wir helfen der Gastronomie. Wir wollen ihr auch weiterhin helfen. Neben den Programmen in der Wirtschaft, zu denen ich gleich noch kommen werde, setzen wir uns auf Bundesebene gemeinsam dafür ein, dass die Mehrwertsteuer – eine wichtige Forderung der Gastronomie – auf 7 % gesenkt wird. Allein für Bayern würde das ein Mehr an Geld von 250 Millionen Euro bringen. Dies ist wichtig, um dann vielleicht in der zweiten Jahreshälfte aufzuholen und durchzustarten, um vieles, was verloren gegangen ist, wieder hereinzubekommen.

Großveranstaltungen – das ist der nächste Punkt, und da sind sich alle Länder einig – sind bis zum 31.08. nicht erlaubt – Veranstaltungen bis auf Weiteres ohnehin nicht. Über das Oktoberfest werde ich in den nächsten Tagen mit dem Münchner Oberbürgermeister reden. Wir beide haben eine ähnliche Einschätzung, dass wir sehr skeptisch sind, ob ein Fest in dieser Größe mit der Internationalität unter den gegenwärtigen Bedingungen überhaupt Sinn macht.

Es gibt aber eine Form von Veranstaltungen, die besonders sensibel zu handhaben ist, nämlich Veranstaltungen im grundgesetzlich geschützten Bereich. Das gilt für Gottesdienste jeder Art, aber auch für den Bereich der Versammlungsfreiheit.

Zunächst ein Wort zu Gottesdiensten. Die Frau Präsidentin hat es schon angesprochen; ich ergänze es: Es war für viele sehr, sehr schmerzlich, an Ostern keinen Gottesdienst zu erleben. Trotzdem mein Kompliment, mein Dank und mein Respekt an die Kirchen und Glaubensgemeinschaften, was alles an Gottesdiensten digital angeboten war. Ich persönlich gebe zu, ich habe mehr Gottesdienste an Ostern digital verfolgt, als ich es sonst in einer Präsenzveranstaltung getan hätte. Einige fand ich besonders bewegend. Trotzdem ist es kein Dauerzustand. Wir sind uns auf Bundesebene, aber auch in Bayern einig, dass wir in den nächsten Tagen weitere Gespräche mit den Glaubensgemeinschaften führen, wann und wie Gottesdienste möglich sein können.

Ich kann mir vorstellen, dass Gottesdienste ab 3. Mai mit Auflagen möglich sind. Ich denke an mehrere Gottesdienste bei Begrenzung in den Kirchen und bei entsprechenden Hygienekonzepten. Die Kirchen arbeiten selbst schon intensiv an diesen Fragen. Wir sind da in guten Gesprächen.

Nicht nur die Kirchen, sondern auch andere Glaubensgemeinschaften – jüdische, aber auch muslimische – werden in diese Gespräche mit einbezogen. Wir brauchen auch für den gesamten Ramadan eine verantwortungsvolle Lösung. Daher mein Danke-

schön nicht nur an die Kirchen, sondern auch an die muslimischen Gemeinden, die sich bislang großartig in diesen Prozess eingebracht haben.

Gottesdienst ist Religionsfreiheit. Demonstrationen sind Versammlungsfreiheit. Das sind grundsätzlich ganz besonders geschützte Bereiche. Die Verfassungsgerichte haben uns aufgegeben, auch für diese Bereiche Perspektiven zu entwickeln. Wir tun dies. Ich habe den Innenminister gebeten, in dieser Woche noch mit der Monitoring-Gruppe und anderen zusammen Vorschläge zu machen, um nicht nur für den Einzelfall, sondern auch für die nächsten Wochen Strukturen zu finden. Denkbar sind bis zu zwanzig Personen mit Auflagen. Da sind wir zu offenen Gesprächen bereit. Es ist wichtig, hier sehr schnell zu einem belastbaren, nachvollziehbaren Prozess zu kommen. Denn für mich ist klar: Grundrechte gelten auch in schweren Zeiten.

Schulen und Kitas sind ein besonders wichtiges Thema. Über zwei Millionen Kinder und Jugendliche sind betroffen in unserem Land. Mein Dank geht auch hier wieder an die Eltern, an die Kinder und Jugendlichen und auch an die Lehrer und Erzieher. Wir haben die Zeit bisher ganz gut überbrückt, und in den Familien haben die meisten auch gut durchgehalten. Das gilt nicht nur für die berufliche Seite, sondern auch für das Miteinander in der Familie. Vielleicht war es in einigen Familien sogar besser als vorher, bei anderen vielleicht eine echte Belastungsprobe. Ich bin mir mit dem Kultusminister einig, wenn wir sagen, dass es bisher kein normales Schuljahr war. Und ehrlich: Es wird auch kein normales Schuljahr mehr werden. Es war aber richtig, die Schulen zu schließen. Wir haben den Rückgang der Infektionen deutlich gemerkt. Das geschah genau in Schritten von zwei Wochen. Wir haben deutlich gemerkt, wann die Schließung der Schulen und der Kitas begann und noch stärker, als die Ausgangsbeschränkungen hinzukamen. Diese unmittelbare Wirkung konnte man an den Zahlen täglich ablesen.

Daher sind wir beim Thema Schulen besonders vorsichtig. Wir sind uns einig, dass die Älteren zuerst beginnen sollen und dass es zeitversetzte Konzepte geben muss. Hygienemaßnahmen sind notwendig, übrigens auch zum Schutz der Lehrer; denn unter

ihnen gibt es viele, die einer Risikogruppe angehören. Wir werden die Lehrpläne anpassen müssen, übrigens nicht nur für dieses, sondern auch für das nächste Jahr. Außerdem müssen wir die Notfallbetreuung deutlich ausweiten. Wir wollen aber kein überstürztes Vorgehen. In einigen anderen Ländern wurde gesagt: Wir machen das bereits ab dieser Woche. Das hat dann zu großen Protesten von Schulen, Schülern und Lehrern geführt. Wir machen es miteinander im Gespräch, nicht von oben herab.

Ab dem 27. April soll die Prüfungsvorbereitung für das Abi, die Mittlere Reife, den Quali, FOS und BOS sowie die Meisterklassen beginnen. Niemand soll in Bayern keinen Abschluss machen können; denn der Abschluss gilt nicht nur für dieses Jahr, er gilt für das Leben. Deswegen hat der Kultusminister nach Gesprächen mit dem Landesschülerrat, Direktoren und Lehrerverbänden klargemacht, dass er Ideen, wonach ein Not-Abi oder ein Durchschnitts-Abi abgelegt werden sollte, nicht gut findet. Im Gegenteil: Wir bleiben bei einem Termin. Die Abiturprüfungen werden ab dem 20. Mai starten. Vorher wird es aber keine weiteren Klausuren geben, sodass eine vernünftige Zeitachse besteht.

Ab dem 11. Mai startet die nächste Stufe. Dann werden die vorbereitenden Klassen starten, zum Beispiel die 11. Klasse des Gymnasiums, die 9. Klasse der Realschule, die 8. Klasse der Mittelschule und vielleicht sogar die 4. Klasse der Grundschule. Das müssen wir noch einmal gemeinsam besprechen. Auch hier wird zeitversetzt vorgegangen. Die Klassenverbände werden halbiert. Die Pausen werden in veränderter Form durchgeführt. Der Unterricht wird möglicherweise nur noch in Kernfächern erteilt. Der ÖPNV wird entsprechend angepasst. Die Kultusministerkonferenz wird bis zum 29. April einen Vorschlag machen, mit dem das Vorgehen der Länder gut abgestimmt wird.

Die Grundschulen und die Kitas bleiben vorläufig zu. Wir sind uns einig, dass bei den Kleinsten die Durchsetzung des Abstandhaltens und der Hygiene wesentlich schwieriger ist. Deshalb beginnen wir mit den Älteren. Die KMK wird uns zu wesentlichen Schulfragen, die alle betreffen, Empfehlungen geben. Ich nenne zum Beispiel die Feri-

en. Momentan gibt es unterschiedliche Vorschläge, die von der Streichung bis zur Kürzung der Ferien reichen. Im Moment sind wir gegenüber diesen Vorschlägen noch sehr zurückhaltend, da wir der Auffassung sind, dass der Rhythmus erhalten bleiben muss. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir eine andere Art der Sommerbetreuung anbieten werden, gerade für die Eltern, die keinen Urlaub mehr haben, weil sie ihn im Zuge der Krise schon aufgebraucht haben.

Wir wollen nicht, dass ein Schüler wegen Corona sitzen bleibt. Deswegen werden wir in der Frage der Versetzung auf Probe großzügig sein. Für Schüler, die für sich keine Chance sehen, in das nächste Schuljahr einzusteigen, soll die Nichtversetzung nicht angerechnet werden. Diese Sicherheit wollen wir den Schülerinnen und Schülern geben.

In jedem Fall müssen wir die Notfallbetreuung ausbauen. Wir wollen den Eltern helfen. Viele Eltern haben jetzt Probleme, die Betreuung zu organisieren, weil ihnen das Homeoffice nicht mehr genehmigt wird oder weil ihr Urlaub ausläuft. Deswegen weiten wir die Notfallbetreuung aus. Die Sozialministerin erarbeitet derzeit zusammen mit den Trägern ein Konzept, wie diese Betreuung noch weiter ausgebaut werden kann. Bei systemrelevanten Berufen wird bei Ehepaaren künftig nur noch ein Elternteil herangezogen. Wir denken auch an die Alleinerziehenden. Wir haben auch die Menschen im Blick, denen kein Homeoffice mehr genehmigt wird und die keine andere Möglichkeit der Betreuung haben. Nur so nebenbei: Bisher wurden fast 60 % der angebotenen Notfallbetreuungsplätze nicht genutzt. Wir haben also in dieser Frage noch eine Menge Luft, um uns weiterzuentwickeln.

Für ein Problem, das auf uns alle zukommt, möchte ich eine Lösung anbieten: Viele Einrichtungen sind geschlossen, aber die Erzieherinnen und Erzieher müssen weiter beschäftigt werden, generell, aber auch für die Notfallbetreuung. Viele Eltern müssen nach wie vor Beiträge bezahlen. An mich wurden viele Anfragen von Eltern hergetragen, die hierfür eine Lösung forderten. Ich glaube, dass eine Schließung, die vom Staat angeordnet wurde, nicht dauerhaft zulasten der Eltern gehen darf. Deswegen

wird Bayern hier einspringen, auf jeden Fall für die nächsten drei Monate. Wir wollen die Eltern von den Kinderbetreuungsgebühren entlasten und übernehmen diese Kosten. Ich glaube, das ist für die Eltern in diesen schwierigen Zeiten ein faires Signal. Für die Schulen und die Kitas wird also ein Konzept auf den Weg gebracht. Aber jedem muss klar sein: Wir wollen zwar in diesem Schuljahr noch Schulunterricht erteilen, aber wie und in welcher Form hängt von der Entwicklung ab.

Bei den Hochschulen ist es etwas einfacher. Ab heute läuft das digitale Semester, und es wird auch gut funktionieren. Präsenzprüfungen werden unter Einhaltung der Hygienebestimmungen stattfinden. So haben sich alle Beteiligten vereinbart. Das bedeutet: Dies wird kein verlorenes Semester für die bayerischen Studentinnen und Studenten sein.

Den geringsten Spielraum gibt es bei Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen. Diese Einrichtungen bereiten uns mit Abstand die größte Sorge. In der Alterskohorte der Einwohner dieser Einrichtungen ist eindeutig der größte Anteil an Todesfällen zu verzeichnen. Wir müssen uns diesen Einrichtungen deshalb besonders widmen. Ich habe in den letzten Wochen an vielen Videokonferenzen teilgenommen und Gespräche geführt. In besonders betroffenen Krankenhäusern und Altenheimen habe ich mich im Rahmen von Videokonferenzen direkt erkundigt und gefragt, was wir noch tun und wo wir helfen können. In jedem einzelnen Fall konnten Veränderungen erreicht werden. Wir haben mehr Material und mehr Serientests zur Verfügung gestellt und Unterstützung bei der Durchführung von Hygienekonzepten geleistet. Ich sage ausdrücklich: Dabei geht es nicht nur um die medizinische Qualität. Hier stehen auch ethische und humanitäre Fragen im Vordergrund. Deshalb war es uns wichtig, die Sterbebegleitung durch Angehörige zu erlauben. Ich bin sicher, dies ist der richtige Weg. Das Abschiednehmen ist wichtig. Ich finde, in Bayern sollte niemand wegen Corona oder vielleicht mit Corona allein sterben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, betroffen sind nicht nur die genannten Einrichtungen, Schulen, Kitas und Altenpflegeheime. Betroffen sind auch viele andere

Einrichtungen. Wir lassen diese anderen Einrichtungen nicht im Regen stehen. Ich werde dem Kabinett morgen vorschlagen, einen Topf von 500 Millionen Euro, also einer halben Milliarde Euro, zur Verfügung zu stellen, um Härten in bestimmten Einrichtungen, denen über die Soforthilfe nicht ausreichend geholfen werden kann, abzufedern. Die Koalition ist sich in diesem Punkt einig. Dazu gehören die Kitagebühren, aber auch beispielsweise die Hilfe für Reha-Kliniken. Die Reha-Kliniken haben viele Betten zur Verfügung gestellt. Die Staatsregierung hat erreicht, dass hierfür ein Ausgleich auf Bundesebene erfolgt. Wir legen noch eine Summe von 50 Euro pro Bett und Tag drauf, um an dieser Stelle einen Ausgleich zu erreichen.

Sollten die Belastungen der Mutter-Kind-Einrichtungen nicht, wie das im Moment geplant ist, vom Bund ausgeglichen werden, werden wir als Freistaat Bayern in ähnlicher Form einspringen; denn wir wollen die Hilfsbereitschaft dieser Einrichtungen nicht ohne Unterstützung des Freistaats Bayern lassen. Wir wollen auch ein Hilfskonzept für die Privatkliniken erarbeiten. Eines ist mir besonders wichtig: Viele unserer kommunalen Krankenhäuser haben in den letzten Wochen und Monaten Großes geleistet. Dort gab es keine freien Betten, aber viele belegte Betten. Ich möchte, dass diese Krankenhäuser, die in den letzten Monaten rund um die Uhr gearbeitet haben, einen Bonus bekommen. Diese Krankenhäuser brauchen Unterstützung.

Für Jugendherbergen, Schullandheime, Sozialeinrichtungen, Familienberatungen und Studentenwerke reichen die bisherigen Hilfsmaßnahmen nicht aus. Wir ergänzen und stärken deshalb diese Hilfsmaßnahmen, um diese Einrichtungen großzügig zu unterstützen. Wir wollen nicht, dass diese wichtigen Einrichtungen in den nächsten Monaten schließen müssen. Gerade sie werden bei der Vermittlung von Zukunft und Hoffnung eine wichtige Rolle spielen. Das Gleiche gilt für Sportvereine und Sportstätten. Nach Rücksprache mit Vertretern des BLSV haben wir uns entschieden, die Vereinspauschale zu verdoppeln, um Einnahmeausfälle beim Sport abzufedern.

Ganz wichtig ist auch die Hilfe für die Kultur. Wir haben schon bislang die Unterstützung kultureller Einrichtungen in den Mittelpunkt gestellt. Wir wollen die Einnahmeaus-

fälle kultureller Einrichtungen mit Soforthilfen, Notprogrammen und Kreditprogrammen ausgleichen. Damit kann vielen Einrichtungen und Unternehmen geholfen werden. Die Musikschulen werden von uns weiter unterstützt. Aber ehrlicherweise ist festzustellen, es gibt eine Gruppe, die bislang durch jedes Raster gefallen ist, nämlich die Künstler. In Bayern zahlen rund 30.000 Künstler in die Künstlersozialkasse ein. Das sind Künstler, Musiker, Schauspieler, Kabarettisten und viele andere. Nicht alle bekommen die besten Fernsehonorare. Diese Leute stehen vor dem Problem, dass ihre gesamten Honorare ohne Ersatz ausfallen. Ganz ehrlich: Ich halte es nicht für richtig, diesen Menschen nur Hartz IV als Alternative anzubieten. Das ist eines Kulturstaates wie des Freistaats Bayern nicht angemessen. Wir haben uns angesehen, was andere Bundesländer machen, und schließen uns dem Konzept des Landes Baden-Württemberg an. Dort erhalten die Künstler für die nächsten drei Monate 1.000 Euro pro Monat als Unterstützung. Dafür wird ein Topf von 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ich sage ganz ausdrücklich: Bayern ist ein Kulturstaat. Wir wollen die Kunstszene und die Künstler nicht alleinlassen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir stehen auch den Kommunen zur Seite. Der Freistaat kann ihnen aber die Steuerausfälle nicht ersetzen; denn wir haben selbst Steuerausfälle. Ich werde gleich sagen, wie hoch sie sind. Aber wir helfen den Kommunen. Ich habe bereits den Unterstützungstopf für den sozialen Bereich genannt. Wir erhöhen und erhalten die Liquidität. Der Finanzminister wird die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs so auszahlen, dass bereits 1 Milliarde Euro sehr schnell zu den Kommunen kommen wird. Wir erlauben auch kurzfristige Kassenkredite, um die Liquidität der Kommunen zu erhöhen, und werden zeitnah mit den Kommunen reden, wie sich deren Situation entwickelt.

Ich komme zum letzten und wahrscheinlich schlimmsten Punkt. Neben der Gesundheit trifft diese Krise die gesamte Ökonomie und die Wirtschaft überall auf der Welt, aber auch bei uns. Die Experten rechnen nicht nur in Deutschland mit einem dramatischen Einbruch des Wachstums. Dies wird Folgen haben, zum Beispiel Insolvenzen und Ar-

beitslosigkeit. Bayern als Exportland ist dabei besonders betroffen. Auch wenn wir alles wieder hochfahren: Solange die Märkte – beispielsweise der US-Markt – geschlossen sind und Lieferketten – beispielsweise aus Italien – für unsere Automobilindustrie nicht funktionieren, solange wird unsere Wirtschaft leiden; solange wird es Probleme geben.

Dies ist eine absolute Mammutaufgabe. Es geht hier um die Wirtschaft insgesamt. Es geht nicht nur um Unternehmen. Es geht um Arbeitsplätze und sogar um unseren gesamten Wohlstand. Jeder, der heute sagt, er könne garantieren, dass alles auf dem jetzigen Niveau bleiben werde, ist im besten Falle ein hoffnungsloser Optimist.

Wir haben auch hier nicht einfach einen Blindflug unternommen. Wir haben uns mit dem Bund abgestimmt. Ich glaube, es war das erste Mal in der bayerischen Geschichte, dass ein SPD-Bundesfinanzminister im bayerischen Kabinett war und es dabei nahtlose Übereinstimmung gegeben hat. Das heißt, zwischen Bund und Land gibt es eine ganz klar abgestimmte Strategie.

Wir haben mit den Kammern – den IHKs, den Handwerkskammern –, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, aber auch – das war mir wichtig – gleichberechtigt mit den Gewerkschaften geredet. Wir haben an einem Videokonferenztisch eine gemeinsame Erklärung verabschiedet.

Wir beraten uns mit unseren besten Wissenschaftlern vom ifo Institut. Wir beraten uns auch mit unseren globalen Playern von BMW, Allianz und Siemens, um nicht nur die Auswirkungen des regionalen Geschehens, sondern auch die internationalen Verpflichtungen zu erfassen und daraus Strategien zu entwickeln.

Ich möchte jeden darauf einstimmen, dass das eine härtere Zeit werden wird, als die meisten denken. Es ist auch schlimmer als die Finanzkrise. Es geht um viel, viel mehr, als die meisten glauben.

Deutschland hat dankenswerterweise das Instrument der Kurzarbeit. Gäbe es Kurzarbeit nicht, hätten wir schon ähnliche Arbeitslosenzahlen wie andere Länder. Wir müssen deshalb das Konzept der Kurzarbeit auch weiterentwickeln und stärken.

Ich sage hier – wie schon vor einigen Wochen – erneut: Wir haben nicht nur alles im Blick, sondern wir tun, was notwendig ist. Für die Linie des Freistaats Bayern gilt wirklich der bekannte Satz: "Whatever it takes!" – Wir denken groß.

Wir haben zwei Zeitachsen: Jetzt durchhalten und dann durchstarten! – "Durchstarten" heißt für mich aber nicht "zurückdrehen". Ich empfehle uns dringend, diese Krise für die Ökonomie auch als Chance zu nutzen. Wir sollten nicht einfach einen Resetknopf drücken, sondern sogar beschleunigt neue Wege gehen.

Wer zum Beispiel sagt, wir bräuchten keinen Klimaschutz mehr, sondern nur noch klassisches Wachstum um jeden Preis, wird erkennen, dass das in dieser durch die Globalisierung veränderten Wirtschaft so nicht einfach zu machen ist. Ich halte das übrigens schon deswegen für falsch, weil man mit einem Blick auf die Grundwasserspeicher in Bayern feststellt, dass es bereits jetzt zu wenig regnet und zu wenig Wasser da ist. Das ist auch in diesem Jahr wieder eine Herausforderung.

Wir müssen lernen – das ist die größte Herausforderung –, ein Problem nicht isoliert zu sehen, sondern die Problemlagen vernetzt zu denken. Wir müssen eine Konzeption entwickeln, die für die unterschiedlichsten Themenfelder eine vernünftige Antwort bietet. Es bedarf daher einer klugen Strategie.

Wir brauchen bei bestimmten Notfallgütern – beispielsweise bei medizinischen Notfallgütern – mehr nationale Souveränität. Wir brauchen eine Fortsetzung der Digitalisierung, von der wir gemerkt haben, wie hilfreich sie ist. Deswegen soll die High-tech Agenda sogar beschleunigt fortgesetzt werden. Wir brauchen auch mehr Nachhaltigkeit. Deswegen ist es wichtig, in den Bereichen von Forschung, Energie und Klimaschutz die Geschwindigkeit zu erhöhen.

Ich bin deshalb auch der Meinung, dass wir beispielsweise bei Automobilen nicht nur eine Abwrackprämie, sondern in Absprache mit den Automobilherstellern auch eine Innovationsprämie brauchen. So soll den neuen Motoren und Antrieben zur Marktdurchdringung verholfen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen alles tun, was der Rettung der Wirtschaft, der Rettung der Arbeitsplätze und dem Erhalt unseres Wohlstands dient. Der Freistaat Bayern legt deswegen den größten Schutzschirm seiner Geschichte mit insgesamt 60 Milliarden Euro auf. Das ist ein Jahresetat des Haushalts. Das ist schon eine Riesensumme.

Warum können wir das überhaupt? – Wir haben gut vorgesorgt. Wir haben keine Schulden gemacht und alte Schulden zurückgezahlt. Wir haben übrigens auch noch hohe Rücklagen und deswegen eine hohe Bonität.

Der Wirtschafts- und der Finanzminister haben die Konzepte entwickelt, die uns helfen, durch diese Krise zu kommen: Steuerstundungen und die Rückzahlung von Vorauszahlungen. – Nur um mal die Dimension zu vermitteln: Bisher gibt es 154.000 Anträge über eine Summe von 3,4 Milliarden Euro. Diese fehlen natürlich als Einnahme. Daraus ergeben sich auch die Summen, die wir brauchen. Es geht nicht nur um das, was wir ausgeben, sondern auch um das, was uns an Einnahmen fehlt.

Wir haben eine bayerische Soforthilfe aufgelegt. Betriebe können je nach ihrer Größe – insbesondere der Mittelstand – bis zu 50.000 Euro Soforthilfe bekommen. Wir haben die Zielgruppen um Landwirtschaft, Vereine, Stiftungen und gemeinnützige GmbHs erweitert, um so viele wie möglich in die Hilfsprogramme aufzunehmen. Bisher gibt es über 400.000 Anträge mit einem Volumen von über 2 Milliarden Euro.

Bisher sind schon über 700 Millionen Euro ausgezahlt. Es ist wichtig, die Auszahlungen an Prüfungen zu koppeln. Die Prüfungen müssen aber noch schneller werden. Wir arbeiten daran.

Neben Soforthilfen – also direktem Geld – sind natürlich Kredite entscheidend. Wir haben das gesamte Kreditvolumen ausgeweitet und auf neue Beine gestellt. Im Mittelpunkt steht dabei die LfA. Sie ist die zentrale Gelenkachse für Liquidität.

Wir haben mehrere Bankengespräche geführt, denn es ist vor allem wichtig, Haus- und Förderbank in eine Linie zu bringen. Die LfA hat einen Corona-Kredit entwickelt, der statt, wie bislang, bis zu 5 nun bis zu 30 Millionen Euro geht. Dieser Kredit kann nicht, wie bislang, bis zu 5, sondern bis zu 10 Jahre getilgt werden. Der gesamte Bürgschaftsrahmen von bislang 100 Millionen Euro ist auf 12 Milliarden Euro erweitert worden.

Der Corona-Kredit hat – übrigens immer im Einklang mit dem Bund, der KfW – eine Absicherung von 80 bis 90 %. Wir ergänzen das als derzeit einziges Bundesland für die kleineren Betriebe von null bis zehn Mitarbeitern noch um eine hundertprozentige Absicherung von bis zu 100.000 Euro durch die LfA. Das könnte gerade im Bereich der Gastronomie und in ähnlichen Bereichen ein ganz zentrales Schlüsselinstrument sein. Dies dürfte gerade für kleinere Betriebe eine echte, wirkliche und nachhaltige Überbrückungshilfe sein. Viele können damit auch in diesen schwierigen Zeiten überleben und müssen keine Insolvenz anmelden.

Schließlich gibt es den BayernFonds, über den auch heute und in den nächsten Tagen beraten werden wird. Was ist der BayernFonds? – Das Erste ist immer direkte Hilfe, Soforthilfe. Das Zweite sind Kredite mit niedrigen Zinsen, die irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Das Dritte ist aber, dass manchen keine Kredite helfen; manche brauchen Eigenkapitalersatz. Hier kommt der BayernFonds zum Zuge.

Wir haben die Struktur des BayernFonds übrigens parallel zum Bund entwickelt. Das ist auch dafür wichtig, um von der Europäischen Union die Genehmigung zu bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte unterschätzen Sie nicht: In Europa und in anderen Partnerländern wird schon sehr genau verfolgt, was Deutschland und was

wir alles machen und wie wir uns aufstellen. Es herrscht sogar die Sorge vor, wir könnten aus dieser Krise in der Relation – nicht absolut – vielleicht sogar stärker herauskommen. Wir müssen versuchen, das immer im Einklang mit unseren Nachbarn zu organisieren.

Der BayernFonds gibt keinen Kredit, sondern liefert Eigenkapitalersatz. Im Grunde genommen wird der Freistaat auf eine bestimmte Zeit stiller Teilhaber in solchen Unternehmen, die systemrelevant sind und die wir vor Übernahme oder Ausverkauf schützen wollen. – Die Konstruktion ist, wie gesagt, vom Bund. Wir sind aber zur Übereinstimmung gekommen, dass wir dazu ein parlamentarisches Begleitgremium brauchen, denn am Ende muss alles vom Parlament unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Ich glaube, das ist das stärkste Wirtschafts- und Finanzprogramm des Freistaats Bayern seit dem Zweiten Weltkrieg.

Ich weiß, dass ich jetzt länger und sehr umfangreich gesprochen habe. Ich wollte Ihnen und der Bevölkerung aber darstellen, was alles passiert. Ich wollte Ihnen den medizinischen Aspekt, den Aspekt des öffentlichen Lebens, die Einschränkungen und Lockerungen, aber auch unsere Aufgaben darstellen. Natürlich wollte ich auch den wichtigen Aspekt der Wirtschaft darstellen.

Corona bleibt. Corona schläft nicht. Wir – wenn ich das sagen darf – schlafen aber auch nicht. Ich habe hier vor vier Wochen versprochen, dass wir zu hundert Prozent auf Corona fokussiert sind. Wir halten dieses Versprechen ein.

Wir können nach vier Wochen die Bilanz ziehen, dass wir hoffentlich das Schlimmste überstanden haben. Wir sind aber nicht durch. Wir müssen wirklich wachsam bleiben. Es gibt keinen Anlass zu Leichtsinn oder Schludrigkeit.

Ich verstehe alle, die schneller sein wollen. Das ist menschlich und sogar nicht unsympathisch. Ich verstehe das. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass wir die Gesamt-

verantwortung tragen und den Überblick über die Gesamtentwicklung behalten müssen.

Wir müssen einen Weg finden, alles zusammenzubringen: Freiheit und Sicherheit. Wir müssen das gut organisieren. Wir müssen einen Weg finden, uns weder zum Lobbyisten für die eine noch für die andere Seite zu machen. Wir wollen die nächsten Etappen besonnen angehen, mit Hoffnung, aber auch mit Sorgsamkeit, Umsicht und Geduld. In der Ruhe liegt die Kraft. Diesen Politikansatz habe ich weder als junger Mann noch als junger Finanzminister zum Kernsatz meiner Philosophie erklärt. Ich kann nur feststellen, dass dieses Motto jetzt hilft. Ruhe und Geduld helfen und bringen uns weiter.

Wir haben gemeinsam – das sage ich ausdrücklich an die Abgeordneten des Landtags – Bayern bislang gut geschützt. Das wollen wir auch weiter tun. Ich bleibe dabei: Ich bin dankbar für jeden Vorschlag, der an mich herangetragen wird, egal ob direkt im Parlament, per SMS oder Anruf. Vorschläge sind mehr als zulässig. Diskussionen über den richtigen Weg sind mehr denn je notwendig.

Mir ist klar, dass wir nur gemeinsam und in gemeinsamer Verantwortung diese Krise bewältigen können. Wir sollten uns darüber nicht täuschen, dass der Rest der Welt im Moment auf Deutschland und Bayern schaut und feststellt, dass es nicht so schlecht ist, wie wir das machen. Wie bereits gesagt, haben wir aber wahrscheinlich noch nicht einmal die Halbzeit erreicht. Jeder weiß aus verschiedenen Sportarten, dass in der zweiten Halbzeit noch viele Fehler passieren können. Diese möchte ich in Bayern vermeiden. Deshalb habe ich folgenden Appell: Bitte lassen Sie uns weiterhin gemeinsam verantwortungsvoll diskutieren, meinetwegen auch streiten, aber dann klug entscheiden. Ich wünsche uns gemeinsam viel Erfolg, viel Hoffnung für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Umsicht und Klugheit. Gott schütze unser Land weiter so gut, wie er es bisher getan hat!

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Wir beginnen mit der Aussprache. Die Gesamtredezeit wurde im Ältestenrat auf sechzig Minuten festgelegt. Die Redezeiten werden jetzt neu berechnet, da der Ministerpräsident verständlicherweise länger gesprochen hat. Die Redezeit der CSU verlängert sich um 13, die der GRÜNEN um 6, die der FREIEN WÄHLER um 5, die der AfD um 3, die der SPD um 3 und die der FDP um 2 Minuten. Die Redezeiten werden angezeigt werden. Damit eröffne ich die Aussprache. – Als erster Redner hat der Kollege Hartmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die letzten fünf Wochen haben uns alle vor gewaltige Herausforderungen gestellt, die wir so noch nicht erlebt oder gekannt haben. Die Bilder der letzten Wochen aus Norditalien haben gezeigt, wie die Infektionskurve außer Kontrolle geraten ist und die Krankenhäuser dort an ihre Leistungsgrenze gestoßen sind. Wir haben Berichte von Pflegekräften und Ärzten gelesen, die am Ende ihrer Kräfte waren und nicht mehr helfen konnten, obwohl sie helfen wollten, weil Intensivbetten und Beatmungsgeräte gefehlt haben.

Es war richtig, dass wir in Bayern schnell und umfassend gehandelt haben. Das möchte ich ganz deutlich sagen. Die getroffenen Maßnahmen zeigen eine deutliche und positive Wirkung. Der Ministerpräsident hat bereits davon gesprochen, wie sich die Kurve in den letzten Tagen und Wochen entwickelt hat. Das ist das Verdienst vieler Menschen im ganzen Land. Wir haben es geschafft, unser Gesundheitssystem im leistungsfähigen Korridor zu halten. Das ist das Verdienst der Menschen in diesem großartigen Land. Ich möchte betonen, dass das auch ein Verdienst des eigenverantwortlichen Handelns der Bevölkerung ist – das haben die letzten Tage deutlich gezeigt. Viele haben von sich aus Abstand gewahrt, auch wenn nicht alle Maßnahmen vorgeschrieben waren. Junge Menschen haben sich in ihrer Freiheit eingeschränkt, um ältere Menschen vor dem Virus zu schützen. Das ist gelebte Solidarität, und die macht unser Land so stark.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die letzten Wochen haben auch gezeigt, dass das Gemeinsame stärker ist als das Trennende in unserem Land. Darauf können wir, die große demokratische Hälfte im Hohen Haus, stolz sein.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, seit letzter Woche genesen mehr, als sich neu infizieren. Damit ist der Ausbruch in Deutschland beherrschbar geworden. Es hat mich gefreut, vom Bundesgesundheitsminister folgenden Satz zu lesen: "Unser Gesundheitssystem war nie überfordert." Ich möchte ergänzen: trotz der vielen systembedingten Schwächen in unserem Gesundheitssystem. Diese wurden verursacht durch einen immer höheren Kostendruck und eine verkehrte Politik der letzten Jahre. Trotzdem haben alle im Gesundheitswesen tätigen Personen diese Situation hervorragend gemeistert. Diesen Personen gilt ein ganz großes Dankeschön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Dankeschön ist mit dem Versprechen verbunden, dass wir GRÜNE uns auch weiterhin dafür einsetzen werden, dass diese Schwächen im System abgestellt werden. Wir wollen weiter für eine bessere Bezahlung unserer Pflegekräfte kämpfen.

Ein wichtiger Punkt, der in den letzten Tagen mehrfach erwähnt worden ist, ist die Tatsache, dass wir trotz der vielen Erfolge der letzten Wochen zugeben müssen, dass die Gesundheitsgefahr durch das Coronavirus noch präsent ist. Die Gefahr wird erst dann endgültig verschwinden, wenn ein Impfstoff oder ein Medikament vorhanden ist. Das kann dauern. Wir müssen mit der Herausforderung durch das Coronavirus leben lernen. Wir müssen einen Weg in einen Alltag zurück finden, der unser Gesundheitssystem immer im leistungsfähigen Korridor hält. Das wird die Aufgabe der nächsten Wochen und Monate sein.

Ich möchte mich angesichts der kurzen Debattenzeit, die wir uns wegen des Infektionsschutzes auferlegt haben, auf zwei wesentliche Punkte konzentrieren, die bis jetzt zu kurz gekommen sind:

Erstens. Das Thema Lockerungen. Wir müssen dabei an die Interessen der jüngsten Menschen genauso denken wie an die Interessen der älteren.

Zweitens. Das Thema Konjunkturprogramme. Dabei muss auch der Klimaschutz angepackt werden. Zwischen einem fürsorgenden und einem bevormundenden Staat besteht ein sehr schmaler Grat. Die starken freiheitlichen Eingriffe der letzten Wochen waren nötig, um den Anstieg der Infektionen beherrschbar zu machen und um wertvolle Zeit für die Steigerung der Versorgungskapazitäten in den Krankenhäusern zu gewinnen. Beides haben wir erreicht. Wenn aber Einschränkungen von Freiheit und Grundrechten nicht mehr verhältnismäßig sind, dann wird deren Rücknahme rechtlich und moralisch zur Pflicht.

Nachdem in den letzten Wochen für viele Bereiche bereits Lockerungen angekündigt worden sind – der Ministerpräsident hat heute weitere genannt –, bleibt die Situation für Kinder und Familien weiterhin ein blinder Fleck. So richtig es ist, für gefährdete ältere und kranke Menschen besondere Maßnahmen zu ergreifen, damit deren Infektion verhindert wird, so ist es genauso das Gebot der Stunde, unsere Kinder nicht zu isolieren. Während die Schülerinnen und Schüler der Abschluss- und Übertrittsklassen zumindest ein Datum dafür haben, wann der Unterricht, wenn auch eingeschränkt, wieder anfangen kann, gilt für unsere Kleinsten und Kleinen weiterhin nur das Prinzip Hoffnung. Aus Kindersicht sind ein, zwei Monate eine Ewigkeit. Das ist eine Ewigkeit, in der sie nicht in die Schule oder den Kindergarten gehen dürfen. Kinder brauchen nicht nur Mama und Papa, sondern auch andere Kinder zum Spielen, um gemeinsam ihre kleine Welt kennenzulernen. Um das wieder möglich zu machen, sind andere Wege nötig. Kinder brauchen Kinder wie die Luft zum Atmen.

Ich finde es schön – das wurde bereits angesprochen und angekündigt –, dass Eltern hinsichtlich der Kinderbetreuung finanziell entlastet werden sollen, damit die Belastung nicht bei den Trägern hängen bleibt. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Personal-mangel in den Kinderkrippen eine ganz entscheidende Herausforderung ist. Wir hören immer wieder Berichte, dass sich erste Betreuungskräfte, die sich in Kurzarbeit befinden und deren Einkommen dadurch geschmälert ist, anderweitig auf dem Arbeitsmarkt umschauen, da sie die Mieten bezahlen müssen. Wir wollen bei der Kinderbetreuung kein Personal verlieren, sondern es behalten. Daher sind die angekündigten finanziellen Entlastungen der richtige Weg.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin angesprochen, dass es darum geht, schneller zu sein. Darum geht es nicht. Das ist die falsche Antwort. Vielmehr geht es darum, ein Gleichgewicht zu finden. Ein Gleichgewicht muss gefunden werden, das die Interessen der Kinder und Eltern genauso berücksichtigt wie die Beherrschbarkeit der Infektionskurve. Uns GRÜNEN ist bewusst, dass das nicht der einfachste Weg ist. Wie so oft in der Politik ist der einfachste Weg nicht der richtige, sondern der notwendige Weg ist oft etwas schwieriger.

Hierfür braucht es Mut. Bitte verstehen Sie Mut nicht falsch. Es geht nicht darum, möglichst schnell in ein paar Wochen auf den Status wie vor fünf Wochen zu kommen. Unter Mut verstehe ich etwas, was mir im Kultusministerium und bei der frühkindlichen Betreuung etwas zu kurz kommt: pragmatisch und kreativ in anderen Bahnen zu denken, um eine bessere Betreuung zu ermöglichen. Dies kann eine Betreuung in zeitlich versetzt startenden Gruppen oder in Kleingruppen sein. Hier gibt es viele Möglichkeiten, wie wir einen Schritt vorangehen können, um den Eltern unter die Arme zu greifen.

Nehmen wir so die Menschen in den Blick, die in den letzten Wochen am meisten zu kämpfen hatten: Alleinerziehende und junge Familien, die sich zwischen Kinderbetreuung und Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes zerrissen haben, um erfolgreich an der Eindämmung des Virus mitzuwirken. Die müssen wir jetzt entlasten.

Für uns GRÜNE heißt das: Wir möchten die Notfallbetreuung ab kommendem Montag deutlich ausweiten. Aber wir möchten auch hinbekommen, dass wir im ersten Schritt bis zu ein Drittel der Normalkapazität abdecken können. Das heißt: nicht die volle Stundenzahl. Das kann heißen: in der Anfangszeit erst mal drei Stunden. Das kann heißen: für manche Kinder nur ein oder zwei Tage. Damit ist den Eltern auch viel geholfen. Das heißt nicht, gleich das volle Programm hochzufahren, sondern Wege zu finden und vor Ort mit den Trägern und den Erzieherinnen das Gespräch zu suchen, welche Möglichkeiten vor Ort angeboten werden können, damit wir Infektionsschutz, so gut es geht – da muss man bei der Kinderbetreuung ehrlich sein –, gewährleisten und die Gruppen möglichst klein halten. Wichtig ist auch, dass die Gruppen dann die gleiche Bezugsperson haben und die Kinder immer in den gleichen Gruppen bleiben. Draußen muss das zeitlich etwas entzerrt und getrennt werden, damit man, wenn es zu einer Infektion kommt, weiß, dass die Gruppe relativ klein ist. Da haben wir klare Möglichkeiten, und da erwarten wir deutlich mehr als das, was heute angekündigt worden ist.

Darüber hinaus sollten wir die Möglichkeit schaffen – das war der erste Schritt, der überfällig war –, die Kontaktsperrre etwas zu lockern, indem man sich auch mit einer Person, die nicht im gleichen Haushalt wohnt, treffen kann. Das trifft viele Singles, viele ältere Menschen in diesem Land. Das war der richtige Schritt.

Wir sollten auch darüber nachdenken, es, sagen wir mal, zwei oder drei Familien zu ermöglichen, sich zu Betreuungsgemeinschaften zusammenzutun – natürlich immer die gleichen Familien, um das Infektionsrisiko niedrig zu halten –, um sich so zum Beispiel in Mietshäusern die Kinderbetreuung etwas aufteilen zu können und damit die Kinder gemeinsam im Innenhof spielen können. Das wäre ein Weg, den wir durchaus gehen könnten.

Auch Kinder, die die Grundschule besuchen, brauchen ein Angebot, das ihnen eine Form von Alltag zurückgibt und ihnen den Kontakt zu Lehrern ermöglicht. Wir alle wissen: Beim digitalen Lernen – das hat die Krise allen gezeigt – waren die warmen

Worte der Staatsregierung der letzten Jahre etwas hoch aufgehängt. Es sieht in der Regel so aus: Es kommt ein Brief oder eine E-Mail, dann druckt man etwas aus, dann fotografiert man es mit dem Handy ab und schickt es wieder zurück. Das heißt digitales Lernen in der Grundschule. Da ist natürlich klar, dass noch Hausaufgaben zu machen sind, um dort besser zu werden. Aber wir haben jetzt den Status quo. Damit müssen wir zurechtkommen. Das kann heißen, dass wir anfangen, den Kindern mal wieder Kontakt zur Lehrkraft zu ermöglichen. Das ist für die pädagogische Bildung ganz wichtig. Wir könnten doch Kindersprechstunden einführen, wo die Kinder am Anfang einen Tag in der Woche – auch die Erst-, Zweit- und Drittklässler – zur Lehrerin kommen und das zu Hause Gelernte mit der Lehrkraft durchgehen können. Damit halten wir die Infektionskurve deutlich unten. Da können wir deutlich Schritte vorangehen und dort mehr machen. Dann würden wir einen gangbaren Weg gehen. So können wir unseren Kindern Schritt für Schritt ihr Recht auf Gegenwart zurückgeben. Um das deutlich zu sagen: Es ist ganz klar, dass der Besuch bei Oma und Opa leider noch etwas länger auf sich warten lassen muss. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum zweiten Punkt kommen, zum Thema "Konjunktur stützen und Klima schützen", so würde ich das mal nennen. Wir alle wissen, dass wir nach der Corona-Krise umfangreiche Konjunkturprogramme brauchen werden. Da sind wir uns hier im Hohen Hause alle einig. Unser grüner Leitgedanke ist hier: Sicher durch die Krise, nachhaltig aus der Krise.

Erstens. Die Infektionszahl muss beherrschbar bleiben. Daher brauchen wir dringend Lösungen für diejenigen, die in Bereichen arbeiten, in denen es erst nach und nach sehr vorsichtig zu Lockerungen wird kommen können. Wir müssen den Menschen und den Betrieben aus den Bereichen Kultur, Gastro, Tourismus und Kreativwirtschaft Brücken bauen, damit wir ihre Leistung für unser Land nicht dauerhaft verlieren. Da ist es ein schöner, richtiger Schritt, dass Sie das Modell aus Baden-Württemberg jetzt aufgegriffen haben, bei dem Künstler jetzt 1.000 Euro im Monat bekommen. In Baden-Würt-

temberg läuft das seit mehreren Wochen sehr erfolgreich. Schön, dass Bayern da nachgezogen hat.

Im Bereich Gastronomie sollten wir unterscheiden. Ich weiß nicht, ob ich Sie bei Ihrer Regierungserklärung richtig verstanden habe. Ich finde es richtig, in Krisenzeiten ganz ehrlich mit den Menschen zu kommunizieren – das ist kein Vorwurf, sondern nur mal kurz ein Gedankenstoß – und in diesem Bereich zwischen Diskotheken und Vergnügungsstätten sowie Gastro, wo es zum Beispiel um den Mittagstisch geht, zu unterscheiden. Da kann man sicher anders vorgehen als bei der Diskothek, die leider sicherlich noch relativ lange nicht wird öffnen können.

Zweitens heißt für uns der Leitgedanke "Sicher durch die Krise, nachhaltig aus der Krise" im doppelten Sinne: Wir müssen unsere Wirtschaft in eine nachhaltige Zukunft führen mit den Konjunkturprogrammen, die jetzt aufgelegt werden. Die Szenarien der Banken- und Finanzkrise nach 2008 dürfen sich nicht wiederholen. Die Erdüberhitzung geriet damals aus der politischen und öffentlichen Wahrnehmung. Wertvolle Zeit ist verloren gegangen, um die ökologische Transformation unserer Wirtschaft voranzubringen. Das darf sich nicht wiederholen. Jetzt ist die Zeit, die Konjunktur zu stützen, Innovationen zu beschleunigen und neuen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, die Konjunktur anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern. Da sollten wir die Krise durchaus als Chance begreifen zu steuern, wie wir nachher aus dieser Krise hervorgehen werden. Konjunktur stützen, Klima schützen – das muss die Messlatte unserer Konjunkturprogramme sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stützen unsere Wirtschaft mit Milliarden Euro, die unsere Kinder später aufbringen müssen. Wir haben daher die Verantwortung, die Gelder so auszugeben, dass das auch in ihrem Sinne ist. Spätestens seit Fridays for Future ist klar und, Herr Ministerpräsident, aus Ihren Gesprächen mit Ihren Kindern ist auch Ihnen bewusst geworden: Die junge Generation erwartet von uns mehr Klimaschutz. Jetzt in der Corona-Krise

helfen wir alle generationsübergreifend zusammen, um ältere und kranke Menschen vor dem Coronavirus zu schützen. Das ist richtig und nötig.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Hoffnung, dass wir uns nach der Corona-Krise genauso entschlossen und generationsübergreifend dem Kampf gegen die Klimakrise stellen werden, und das im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich für die CSU-Fraktion dem Kollegen Thomas Kreuzer das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schwierige Wochen liegen hinter uns; aber sie haben auch gezeigt: Wir können auf die Menschen in Bayern stolz sein. Sie haben in den vergangenen Wochen bewiesen, dass sie mit Krisen wie Corona umgehen können, dass sie Geduld und Vernunft zeigen, dass sie jeden Tag neu versuchen, das Beste aus der Situation zu machen, nicht nur für sich selbst, sondern eben auch für die anderen. Dafür, meine Damen und Herren, gilt den Menschen in Bayern großer Dank und tiefer Respekt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke allen, die sich in den vergangenen Wochen und gerade auch an den Osterfeiertagen so verantwortungsvoll an die Corona-Maßnahmen gehalten haben. Ich weiß: Das fällt nicht leicht, erst recht an Ostern, wo wir es sonst gewohnt sind, Gottesdienste zu besuchen, unsere Familien zu treffen und Ausflüge zu unternehmen. Aber in diesem Jahr war es gerade Gebot der Stunde, das alles zu unterlassen; denn nur der Verzicht darauf hilft, das Coronavirus einzudämmen. Insofern haben die Menschen in Bayern eine enorme, nicht zu unterschätzende Gemeinschaftsleistung vollbracht, die von jeder und jedem eine große Portion Selbstdisziplin eingefordert hat. Nur so war es möglich, die Verbreitung des Coronavirus deutlich zu bremsen. Der Mi-

nisterpräsident hat ja gesagt: Am Anfang der Krise ein Infizierter und sechs Ansteckungen, inzwischen ein Infizierter und wohl weniger als eine Ansteckung. Es ist in diesem Land also zu gewaltigen Veränderungen gekommen.

Darüber hinaus ist zu spüren, dass Corona in der Gesellschaft zu neuer Solidarität, zu großer Hilfsbereitschaft und vielfältiger Nachbarschaftshilfe geführt hat. Mit kreativen Ideen werden neue Formen der Kommunikation entwickelt, damit wir mit Familienangehörigen, mit Senioren, mit Kranken und mit einsamen Menschen trotz allem weiter in Verbindung bleiben können. Aus allen Teilen Bayerns hören wir, wie dort fleißig von Ehrenamtlichen Mund- und Nasen-Schutzmasken genäht werden. Diese Schutzmasken werden in den nächsten Wochen, spätestens aber mit Beginn der nächsten Woche, einen wichtigen Beitrag zu mehr Normalität leisten.

Vor allem erleben wir einen unglaublichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen. Völlig zu Recht hat die Staatsregierung den Pflegekräften für ihre besonderen Leistungen eine Anerkennung von 500 Euro zuerkannt. Wir konnten angesichts dieser schrecklichen Nachricht aus Kanada, aus diesem Pflegeheim, sehen, meine Damen und Herren, wie schnell etwas außer Kontrolle geraten kann, wenn die Menschen aus Angst vor Ansteckung nicht mehr dieser Arbeit nachgehen. Deswegen müssen wir sie, was die Schutzausrüstung anbelangt, bestmöglich unterstützen.

Ich danke allen Pflegekräften noch einmal ausdrücklich für ihre schwere Arbeit in diesen Tagen. Danken möchte ich auch den Ärzten, die sich beispielsweise freiwillig für den Kampf gegen Corona gemeldet haben, und den vielen Medizinstudenten, die nun unmittelbar in den Kliniken ihren Dienst leisten. Ich danke auch der Polizei, die seit Wochen die Einhaltung der Corona-Beschränkung kontrolliert. Ich kann mir vorstellen, dass die meisten Verständnis haben. Das haben aber nicht alle, meine Damen und Herren, und das ist teilweise auch unangenehm. Daneben muss die Polizei natürlich ihren vielen sonstigen Aufgaben für den Schutz unserer Bevölkerung uneingeschränkt weiter nachkommen. Ich danke den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die in schwieri-

gen Zeiten bravourös ihre tägliche Arbeit machen und damit das Leben in unserem Land aufrechterhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Tatsache ist: Bayern war und ist stärker von Corona betroffen als andere Regionen in Deutschland. Deshalb war es absolut richtig und vorausschauend von Ministerpräsident Söder und der Staatsregierung, nicht zu zögern und auf andere zu warten, sondern möglichst frühzeitig Verantwortung für die Menschen in Bayern zu übernehmen und mit aller Konsequenz gegen das Coronavirus vorzugehen. Wir haben in Bayern frühzeitig und entschlossen zur Eindämmung der Pandemie reagiert. Die Entwicklung zeigt, bei aller Vorsicht, mit unseren harten Maßnahmen und Beschränkungen ist es trotz der Nähe zu Brennpunkten wie Italien und Österreich gelungen, die weitere Ausbreitung des Virus in Bayern erfolgreich und effizient einzudämmen. Das bestätigt unseren Kurs und damit unseren Ministerpräsidenten. Ihm gebührt dafür Lob, meine Damen und Herren. Im Nachhinein lässt sich leicht sagen, dass die Menschen dies akzeptiert haben. Aber bevor man es anordnet, weiß man das nicht, meine Damen und Herren. Deswegen gehört zu solchen Anordnungen großer Mut. Dafür herzlichen Dank, Markus Söder!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die positive Entwicklung der Fallzahlen in Bayern wie auch die Tatsache, dass Länder, die Corona zunächst ohne wesentliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens in den Griff bekommen wollten, letztlich aber doch auf den Kurs eines harten Shutdown eingeschwenkt sind, sind der beste Beweis, dass unsere Corona-Strategie bisher richtig gewesen ist. Wir dürfen dabei aber keinen Augenblick die Belastungen für die Menschen, die in Kurzarbeit sind, die ihre Familienangehörigen nicht sehen können, die Kinderbetreuung und Beruf zu Hause schultern müssen, vergessen. Herr Kollege Hartmann hat sein Kapitel auf die Kinderbetreuung und die Schulen ausgerichtet. Wir werden hier schrittweise vorangehen. Ich sage aber auch: Es macht wenig Sinn, nur ein paar Stunden am Tag die Kinder zu betreuen, wenn die Eltern dann nach zwei Stunden in die Schule fahren und sie wieder nach Hause holen müssen und das meis-

te dann doch zu Hause stattfinden muss. Wir müssen uns also schon wirklich gute Lösungen überlegen, die die Menschen dann auch nachhaltig entlasten.

Wir vergessen auch nicht die Unternehmer und die Selbstständigen, die sich Sorgen um ihre Existenz machen, oder unsere Wirtschaft, die enorme Einbußen zu verkraften hat. Letztlich wollen und müssen wir aber zuallererst die Gesundheit und das Leben der Menschen schützen. Das ist die schwere Verantwortung der Politik in diesen Tagen. Gerade bei einer so existenziellen Herausforderung zählen Transparenz, Offenheit und Vertrauen. Markus Söder genießt dieses Vertrauen der Menschen. Wir sind mit der überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger froh, dass er an der Spitze Bayerns steht und verantwortungsvoll und verlässlich handelt.

Fest steht aber auch, liebe Freunde, wir sind nicht über dem Berg. Das möchte ich unterstreichen. Von Entwarnung oder von einer sofortigen Rückkehr zum Alltag wie vor der Pandemie kann leider keine Rede sein. Es gilt nach wie vor: Vorsicht walten, Abstand halten. – Auch wenn wir erste Erfolge feststellen, deutet vieles darauf hin, dass wir das Virus nicht so schnell endgültig loswerden. Alle Experten sagen uns, dass die Entwicklung eines Impfstoffes oder eines einsatzfähigen Medikaments nach wie vor nicht verlässlich absehbar ist. Im Moment haben wir auch noch keine zuverlässigen Antikörpertests, um mit ausreichend hoher Genauigkeit sagen zu können, wer gegen das Virus immun ist. Es stimmt aber hoffnungsvoll, dass schon in wenigen Wochen ein Antikörpertest mit extrem hoher Verlässlichkeit verfügbar sein soll. Das ist ein Test, der in Bayern entwickelt wurde, nämlich in den Labors von Roche in Penzberg. Vorläufig gilt aber bis auf Weiteres: Wir dürfen keine nicht vertretbaren Risiken eingehen, sonst drohen uns schwere Rückschläge. Ich muss es so deutlich sagen: Ein Rückschlag bedeutet in diesem Fall im Endeffekt den Verlust von Menschenleben. Wir müssen deshalb eine Strategie finden, mit Corona umzugehen. Wir dürfen die Menschen nicht mehr als unbedingt nötig belasten. Gleichzeitig müssen wir das Virus in Schach halten, damit vor allem gefährdete Gruppen bestmöglich geschützt werden können. Mit anderen Worten, der Lockdown war vergleichsweise einfach. Die Lockerung dagegen

wird umso komplizierter. In dieser Situation bin ich einmal mehr dankbar für den Föderalismus. Es muss zum Schutz der Menschen gerade jetzt möglich sein, auf regionale Besonderheiten und besondere Risikolagen angepasst einzugehen. Wir gehen natürlich den von den Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin vereinbarten Weg mit. Wir verlieren dabei aber nicht aus dem Blick, dass Bayern im Moment von Corona deutlich stärker betroffen ist als manch andere Länder, gerade im Norden und im Osten der Bundesrepublik Deutschland. Zum Glück erlaubt es unser Föderalismus, dass Bayern bei der Lockerung der Corona-Beschränkungen behutsamer vorgehen kann und eigene Lösungen entwickeln darf. Es ist richtig, die Ausgangsbeschränkung etwas zu lockern, sie aber im Großen und Ganzen bis zum 3. Mai zu verlängern.

Wir müssen alles tun, um den Menschen unsere Maßnahmen zu jedem Zeitpunkt bestmöglich zu erklären. Die Phase eins, der Lockdown, ist verhältnismäßig einfach zu erklären gewesen: Jeder bleibt zu Hause, Kontakte werden vermieden. Es gibt vier Ausnahmen: Man darf seiner Beschäftigung nachgehen, soweit man dies nicht von zu Hause aus kann. Die tägliche Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten muss aufrechterhalten werden, ebenso die medizinische Versorgung der Menschen durch Arztbesuche, und der Mensch darf sich auch bewegen. Er muss nicht ständig in seinen vier Wänden sein. Alles andere aber war untersagt, um möglichst wenig Kontakte insgesamt zuzulassen. Ich glaube, das haben wir gut vermittelt, und das ist auch begriffen worden. Deshalb war es zu dieser Zeit auch keine Frage, ob darüber hinausgehende Tätigkeiten besonders gefährlich oder besonders ungefährlich sind. Wir haben alle sonstigen Tätigkeiten, die nicht lebensnotwendig sind, untersagt, um insgesamt einen möglichst hohen Infektionsschutz bieten zu können. Jetzt aber kommen wir in eine Phase, wo wir Beschränkungen nach und nach aufheben, auch aufheben müssen, weil das öffentliche Leben nicht vollständig zum Erliegen kommen kann. Die Menschen fragen sich natürlich: Warum so langsam? Warum eine stufenweise, eine sektorale Lockerung? – Darauf gibt es gute Antworten, die man auch kommunizieren kann.

Wir wissen viel über dieses Virus, dass es sich nämlich exponentiell verbreitet. Wir wissen aber beispielsweise nicht genau, wo die Hauptverbreitung stattfindet. Deswegen ist eine stufenweise sektorale Lockerung sinnvoll, meine Damen und Herren. Würden wir jetzt gleichzeitig die Ladengeschäfte öffnen, die Gastronomie öffnen, die Schulen öffnen, und wir hätten morgen einen massiven Anstieg der Infektionszahlen, dann hätte dies zur Folge, dass wir dies alles wieder auf einen Schlag zurücknehmen müssen, weil wir – wenn wir so verfahren – nicht wissen können, ob es an der Schulöffnung, an der Ladenöffnung oder an der Gastronomie liegt.

Deswegen ist es sinnvoll, meine Damen und Herren, sektoral zu öffnen, dies zu beobachten und – wenn die Angelegenheit nicht zu einer Verschärfung führt – den nächsten Sektor zu öffnen und dies zu beobachten. Sollte es sich beispielsweise bei der Öffnung der Gastronomie wirklich herausstellen, dass dann die Zahlen im dritten Schritt steigen, dann müssen wir nicht alles wieder zumachen, meine Damen und Herren, weil wir dann nämlich wissen, es waren nicht die Ladengeschäfte, es waren nicht die Sportstätten, sondern wir müssen bei den Regeln für die Gastronomie nachschärfen.

Deswegen ist dieses stufenweise Vorgehen so wichtig. Alles gleichzeitig in breitem Umfang zu öffnen, führt dazu, dass, wenn die Zahlen steigen, man wieder alles gleichzeitig schließen muss, meine Damen und Herren. Dies müssen wir den Menschen vermitteln. Das ist in unserem Interesse. Ich will – wenn es irgendwie vermeidbar ist – nie mehr erleben, dass wir im gesamten Leben wieder solche starken Beschränkungen machen müssen, liebe Freunde.

Deswegen ist es richtig, schrittweise zu öffnen. Bei der Kinderbetreuung die Notversorgung auszuweiten und die Schulen frühzeitig zu schließen, war richtig. Jetzt, meine Damen und Herren, ist es auch richtig, sie unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen wieder schrittweise zu öffnen. Genauso richtig ist es aber auch, die Universitäten nicht zu öffnen, weil dort das digitale Lehren viel besser und unproblematischer möglich ist als beispielsweise bei Grundschulkindern. Genauso ist es richtig, die strengen Zu-

gangsregeln für Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen aufrechtzuerhalten, aber in gewissen Fällen, beispielweise bei Sterbenden, auch Ausnahmen zuzulassen. Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit.

Gleichzeitig ist es unerlässlich, weiterhin auf der Hut zu sein, wie es unsere Corona-Strategie vorsieht. Wir brauchen eine optimale Eindämmung, Rückverfolgung und Unterbrechung von Infektionsketten. Weitere Lockerungen einschränkender Maßnahmen kommen daher, wie ich gerade ausgeführt habe, nur stufenweise in Betracht, wobei klar sein muss, meine Damen und Herren: Wir wollen alle möglichst schnell und möglichst umfassend lockern. Niemand will den Menschen Beschränkungen auferlegen, die nicht notwendig sind. Wir müssen aber immer prüfen, ob dies möglich ist und ob dies verantwortbar ist.

Parallel federn wir die Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte so gut wie möglich mit einem Finanzpaket ab, wie es in der Geschichte Bayerns einmalig ist. Über 700 Millionen Euro Soforthilfen waren letzte Woche bereits zur Auszahlung bewilligt. Allein in dieser Woche bringen wir mit dem 2. Nachtragshaushalt eine Erhöhung des Corona-Sonderfonds um weitere 10 Milliarden Euro auf den Weg. Wir erhöhen den staatlichen Bürgschaftsrahmen für die LfA um 10 Milliarden Euro, damit auch für Kleinunternehmen Kredite schnell mit hundertprozentiger Haftungsfreistellung vergeben werden können.

Ich will den Menschen aber deutlich sagen: Wir können nicht alles kompensieren. Wir können auch nicht jeden Ausfall bei den Kommunen kompensieren. Die Krise wird dieses Land natürlich – ich hoffe, nur vorübergehend – ärmer machen, meine Damen und Herren, und zwar fast alle: Staat, Kommunen und viele in der Wirtschaft und im Arbeitsleben Betroffene. Wir wollen aber mit aller Kraft helfen, damit unsere Betriebe und damit auch die Beschäftigten möglichst gut durch die Krise kommen. Darauf können sich die Menschen in Bayern verlassen.

Ich begrüße die weiteren Maßnahmen, die Herr Ministerpräsident Söder heute angekündigt hat. Ich halte sie für richtig, will sie nicht kommentieren, will aber, meine Damen und Herren, eines hinzufügen: Wir werden auch an jene denken, die von Beschränkungsmaßnahmen besonders lange betroffen sind, meine Damen und Herren. Es ist ja ein Unterschied, ob ich jetzt beispielsweise im Handel nach wenigen Wochen wieder beginne – und ich hoffe einmal, dass wir Anfang Mai den gesamten Handel mit den entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen wieder aufnehmen können – oder ob beispielsweise gewisse Bereiche das ganze Jahr nicht mehr tätig werden können, meine Damen und Herren. Ich nenne beispielsweise jemanden, der in dem Gewerbe, große Volksfeste zu veranstalten, in irgendeiner Weise tätig ist. Hier müssen wir genau hinschauen, meine Damen und Herren; denn es kann ja nicht angehen, dass wir ganze Branchen verlieren, weil sie insgesamt keine Geschäftstätigkeit mehr aufnehmen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich kurz zurückschauen: Es ist gerade einmal vier Monate her, da hat die Welt erstmals von einer mysteriösen Lungenkrankheit in China gehört. Heute ist aufgrund dieser Krankheit nichts mehr so, wie es vor vier Monaten gewesen ist. Längst ist aus dem lokalen Geschehen eine Pandemie geworden, mit bis dato unvorstellbaren Auswirkungen in der ganzen Welt. Als Antwort darauf haben Regierungen weltweit das Wirtschafts-, Sozial- und Kulturleben heruntergefahren, nicht nur in großen Industriestaaten, auch in Ländern wie beispielsweise Nepal, Namibia oder Bolivien. Wir sitzen alle im gleichen Boot. Wir müssen global eine neue Balance zwischen Gesundheit, Wirtschaft und Freiheit finden. Dabei geht es nicht einfach darum, dass die Politik Regeln aufstellt und Verbote ausspricht. Vor allem geht es auch um Eigenverantwortung im privaten und Eigenverantwortung im öffentlichen Leben, es geht um Rücksichtnahme, und es geht um den Schutz der besonders Schutzbedürftigen. Nicht Egoismus, sondern Solidarität und Verantwortungsbewusstsein zählen. Wenn es uns

gemeinsam gelingt, das weiterhin so zu pflegen wie bisher, werden wir nach dieser Krise – davon bin ich überzeugt – stärker sein als vor dieser Krise.

Trotz allem können wir heute sagen: Wir in Bayern, wir alle gemeinsam in diesem Landtag, die Staatsregierung, die Menschen in Bayern, wir sind auf einem guten Weg. Nun müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass dies auch so bleibt, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Die Staatsregierung ist eine Meisterin darin, die Corona-Krise als ihren Regierungserfolg zu verkaufen. Das Kabinett Söder war nicht auf die Pandemie vorbereitet, und das, obwohl die Bundesregierung bereits 2013 über die nötigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung im Falle einer Virus-Pandemie informiert hatte. – Es ist eben nicht so, Herr Kreuzer, dass wir erst seit vier Monaten von einer derartigen Gefahr wissen. Sie haben es versäumt, ausreichend Schutzmasken und medizinisches Gerät zu beschaffen. Das ist Fakt. Sie haben es versäumt, die Grenzen frühzeitig zu schließen, Einreisende auf Infektionen zu kontrollieren und Großveranstaltungen wie Starkbierfeste abzusagen. Sie haben es versäumt, die Kommunalwahlen zu verschieben. Diese waren nachweislich ein massiver Infektionsherd für unsere Bürger. Jetzt tun Sie so, als wären Sie die Retter der Nation. In Wirklichkeit haben Sie keine Vorsorge getroffen und in der Krise zu spät reagiert. Umso härter treffen heute die Einschränkungen das Leben unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger.

Es ist einzig und allein den hervorragenden bayerischen Beamten, dem medizinischen Personal und unseren Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, dass diese Regierung

heute in der Öffentlichkeit so gut dasteht. Man hat fast den Eindruck, sämtliche Notmaßnahmen verkommen zusehends zu einem Show-Wettbewerb für die Kanzlerkandidatur 2021. Bayern hat mehr verdient, als zum Laufsteg eines Kanzlerkandidaten zu werden.

(Zuruf)

Doch unabhängig vom weiteren Verlauf der Pandemie gilt: Die Bürger- und Freiheitsrechte und die Wirtschaft haben schweren Schaden genommen. Schon seit der Flüchtlingskrise 2015 kennt der deutsche Staat zwei Klassen von Menschen. Für Deutsche werden jetzt Grundrechte außer Kraft gesetzt; doch sogenannte Flüchtlinge können sich weiterhin auf das Asylrecht berufen. Während für uns Deutsche die Versammlungsfreiheit, die Reisefreiheit, die Meinungsfreiheit, die Gewerbefreiheit, die Berufsfreiheit obsolet sind, gilt das sogenannte Grundrecht auf Asyl ohne Einschränkung. Wie wollen Sie das den Menschen erklären?

Und es drohen bereits weitere Eingriffe in unsere Freiheitsrechte. Wir als AfD wenden uns entschieden gegen die eben gepriesene Tracking-App, die Bewegungsprofile der Bürger für den Staat nutzbar macht. 4.000 Mitarbeiter wollen Sie dafür in Bayern abstellen. Wenn Sie den Menschen weismachen wollen, ihre Daten seien anonym, dann sind Sie entweder ahnungslos oder unehrlich. Daten können immer auch wieder deanonymisiert werden. Dieses stasiartige Überwachungsprogramm ist freiheitsfeindlich und unvereinbar mit den Werten unserer Demokratie und unseres Grundgesetzes.

Wir sagen ganz deutlich: Die gegenwärtige Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheitsrechte und die damit verbundene Aushöhlung unseres Grundgesetzes muss vollständig rückgängig gemacht werden. Alle Gesetze, Maßnahmen und Verordnungen sind deshalb zwingend zu befristen; ihre Verhältnismäßigkeit stets zu prüfen ist unsere Pflicht als verantwortungsvolle Opposition.

Sie sprechen heute von Verhältnismäßigkeit. Wenn die Opposition nicht achtsam gewesen wäre, dann hätten wir jetzt ein unbefristetes Infektionsschutzgesetz ohne Aufhebungsmöglichkeit für den Landtag.

Kommen wir zur Wirtschaft. Die finanziellen Folgen drohen außer Kontrolle zu geraten. Die prognostizierten Kosten eines dreimonatigen Shutdowns belaufen sich allein in Bayern auf bis zu 138 Milliarden Euro. Das bayerische BIP wird um 22 % sinken. Doch dahinter stehen nicht nur Zahlen und Statistiken, sondern Menschen und wirtschaftliche Existenzen. Ich denke zum Beispiel an unsere mittelständischen Unternehmen, an die Freiberufler, an die Familienunternehmen und auch an unsere Gastwirtschaften. Über 40.000 gastgewerbliche Betriebe mit über einer Million Mitarbeitern geraten derzeit in Existenznöte. Diesen Menschen helfen keine Kredite, Stundungen oder warme Worte, wie wir sie eben vernommen haben, sondern maßvolle Lockerungen der Sanktionen in Kombination mit einem Hygienekonzept sowie eine Reduzierung der Umsatzsteuer auf 7 %.

Unsere heimischen Unternehmen und ihre Mitarbeiter, sie alle sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Diejenigen, die ihre Produktionsstandorte in Bayern haben und diesen Staat durch ihre Steuerleistung tragen, verdienen unsere besondere Wertschätzung.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen jetzt keine Durchhalteparolen, sondern eine schnelle, aber maßvolle Öffnung der Ladengeschäfte und Speiselokale unter Einhaltung der Hygienebestimmungen, schnelle und unbürokratische Hilfen für Unternehmer und Freiberufler, einen wirksamen Schutz unserer Unternehmen vor feindlichen Übernahmen und eine Enquete-Kommission, die Ihre Maßnahmen mit Argusaugen überwacht.

Wir als AfD wissen es schon lange: Die ungehemmte Globalisierung von Unternehmen und Menschen hat ihre Schattenseiten.

Und nein, wir brauchen zuvorderst keine Lösung für den Ramadan, während unser Osterfest ausfallen musste. In der Krise gilt es, zuerst auf unsere bayerische Bevölkerung zu schauen. Es gilt: unsere Solidarität und unser Geld zuerst für unsere Leute. Gott schütze Bayern! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich dem Kollegen Florian Streibl das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst ein Wort zu Ihnen, Frau Ebner-Steiner. Also, das war jetzt der untaugliche Versuch, aus der Krise politischen Nektar zu saugen. Der Würde dieses Hauses war das eigentlich nicht angemessen, hier so etwas zu hören, nachdem wir uns hier über Wochen im Kampf gegen das Coronavirus bemühen. Sicherlich hat die Globalisierung auch ihre Schattenseiten, aber ungebremster Nationalismus hat noch größere Schattenseiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sehr geehrte Damen und Herren, vor gut einem Monat hat die Bayerische Staatsregierung teils weitreichende Beschränkungen des öffentlichen Lebens und des wirtschaftlichen Lebens im Rahmen der Corona-Pandemie erlassen. Das waren damals mutige Entscheidungen, die hier das Haus in seiner Gesamtheit mitgetragen hat, die aber außerhalb nicht immer so gesehen wurden. Es waren mutige und die richtigen Entscheidungen – und man kann jetzt auch mit Blick zurück sagen –, die Menschenleben gerettet haben. Die Zahlen wären nicht so, wie sie jetzt sind, wenn wir damals falsch gehandelt hätten. Hierfür gilt mein besonderer Dank natürlich der Bayerischen Staatsregierung mit Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Hubert Aiwanger vorneweg, die unermüdlich gearbeitet haben, um das Schlimmste von Bayern fernzuhalten. Wie es aussieht, konnte das Schlimmste ferngehalten werden. Wenn wir uns klug und sinnvoll weiterbewegen, werden wir auch Schlimmeres für die Zukunft verhin-

dern können. Dazu gehört aber, dass wir vorsichtig und mit Bedacht handeln und arbeiten.

Meine Damen und Herren, auch heute wie vor vier Wochen zeigt sich: Die Bayernkoalition steht; sie steht hinter der Staatsregierung, sie steht hinter den Akteuren der Staatsregierung, und sie steht so gut – wie wir es heute auch gesehen haben –, dass kein Blatt Papier zwischen die Koalitionspartner passt, auch nicht ein Blatt einer Zeitung.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier vor allem auch denen danken, die sich unermüdlich im Kampf gegen das Virus eingesetzt haben: den Ärztinnen und Ärzten, den Pflegern, den Leuten in den Pflegeheimen, aber auch im öffentlichen Dienst, vor allem auch denen in den Gesundheitsämtern, die Infektionsketten nachverfolgen und die die Tests abnehmen, alle denen, die dafür sorgen, dass wir weiterhin sicher und gesund leben können. Ihnen allen ein ganz großes, herzliches Dankeschön!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern und der Bund haben zur Bewältigung dieser Krise Steuermittel in noch nie dagewesenem Ausmaß eingesetzt, um das Leben der Menschen zu schützen, um Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten. Hier gilt mein besonderer Dank Herrn Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, unter dessen Federführung Bayern als erstes Bundesland mit Soforthilfe gehandelt hat, die später sinnvoll mit den Hilfen des Bundes verzahnt wurde, sodass hier schnelle und unbürokratische Hilfe gewährt wird. Insgesamt 400.000 Anträge wurden bereits gestellt, und 700 Millionen Euro wurden innerhalb weniger Wochen ausgezahlt. Das ist eine großartige Leistung. Wir müssen aber weitermachen, um den Betrieben bei uns im Land zu helfen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass die momentane Ausnahmesituation den Menschen in Bayern viel abverlangt. Das Leben hat sich in den letzten Wochen verändert. Es ist klar, dass der Ruf nach Normalität nicht nur

seitens der Wirtschaft, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern immer lauter wird. Es gibt zwar Anlass zu einem vorsichtigen Optimismus, aber eine Entwarnung kann noch nicht gegeben werden. Einen Rückfall und eine Überlastung des Gesundheitssystems dürfen wir auf keinen Fall zulassen.

Aber es ist auch die Zeit, darüber nachzudenken, wie wir immer wieder ein Stück weiter in eine neue Realität, in eine neue Normalität hineinkommen werden; denn ein einfaches Zurückkehren in die Zeit vor Corona wird es nicht geben. Es wird eine andere Welt sei, in die wir kommen.

Daher müssen wir jetzt lernen, mit der Gefahr des Virus zu leben. Wir müssen lernen, wie wir uns schützen können. Wir müssen aber auch lernen, wie wir arbeiten können. Wir müssen unser Leben der Situation anpassen.

Das Virus ist eine Gefahr, die die Menschen, die Bevölkerung bedroht. Aber es gibt viele Gefahren, die uns bedrohen. Wir haben immer gelernt, mit diesen Gefahren umzugehen, sie richtig einzuschätzen und unser Verhalten daran anzupassen. Ich glaube, das ist die Kunst, die jetzt gefragt ist, dass wir es schaffen, langsam, sukzessive in ein normales Leben zu kommen, in ein normales Leben mit diesem Virus, solange, wie es keinen Impfstoff gibt, solange, wie es keine Medikamente gibt.

Meine Damen und Herren, wie der Herr Ministerpräsident heute gesagt hat, ist der Weg gerade die schrittweise, kontrollierte Lockerung und Aufhebung, eine Lockerung, die in einer zweiten Phase der Krise kommt, in der wir wieder zu dieser Normalität finden wollen.

Besonders begrüße ich die Entscheidung bezüglich des Umgangs mit Kontaktpersonen, dass man hier Lockerungen schafft und man nun eine Kontaktperson treffen kann. Das ist gerade für viele alleinstehende Menschen wichtig und beugt dem vor, dass durch die Isolation neue Krankheiten die seelische Gesundheit betreffend entstehen. Daher ist das eine sehr wichtige und gute Lockerung.

Es gilt trotzdem, die Hygiene- und Abstandsregeln einzuhalten. Wenn wir die Abstandsregeln einhalten, wo es geht, ist das der beste Kampf und das beste Mittel gegen das Virus. Wenn das funktioniert, wenn wir das lernen, dann werden wir in Zukunft auch weitere Lockerungen durchführen können.

Insbesondere ist es auch wichtig, dass wir die Risikogruppen schützen, so lange, bis ein veritables Medikament auf dem Markt ist. Wir müssen auch darauf achten, dass wir die Risikogruppen nicht stigmatisieren und aus der Gesellschaft ausgrenzen. Sie gehören zu unserer Gesellschaft, und sie gehören auch in unsere Gesellschaft. Aber wir müssen auch hier einen Umgang lernen und pflegen, der dies möglich macht.

Darüber hinaus ist auch Weiteres notwendig: Dass wir in Zukunft trotz allem testen, testen, wer infiziert und wer immunisiert ist; damit wir ein Lagebild bekommen, wie die Situation in Bayern ist. Wie groß die Gefahr ist, können wir anhand der Tests feststellen.

Wir müssen auch für die Zukunft lernen: Wie stellen wir uns als Gesellschaft, als Freistaat Bayern in dieser Krise auf, was lernen wir daraus? Wie können wir die Zukunft so gestalten, dass wir vielleicht nicht mehr so anfällig für Pandemien sind?

Dazu gehört, dass wir sicherstellen, dass die medizinische Versorgungskapazität steht, dass gerade auch kleinere Kliniken und Krankenhäuser als Notfallzentren erhalten bleiben, dass wir auch bei Medizin- und Verbrauchsprodukten künftig wieder auf ein "Made in Bavaria" setzen, bei Produkten, die wir hier herstellen können, damit wir sicher versorgt sind, gerade was Schutzmasken, Schutzanzüge und Desinfektionsmittel angeht. Diesbezüglich ein Lob für unseren Wirtschaftsminister, der sich sehr stark dafür eingesetzt hat, dass die Versorgung damit sichergestellt wird. Aber auch ein ganz besonderes Lob für unseren Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber, der in den letzten Wochen massiv daran gearbeitet hat, dass neue Schutzmasken, neue Schutzeinrichtungen, neue Schutzkleidungen zertifiziert werden, damit sie auf den

Markt kommen. Das war eine stille, aber sehr notwendige Arbeit, für die ich ausdrücklich danken möchte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Des Weiteren möchte ich unserem Kultusminister danken, der sich in Zusammenarbeit mit der Staatsregierung und der Kultusministerkonferenz der schweren Problematik angenommen hat, wie wir den Unterricht in dieser Situation gestalten können. Danke, dass gerade die Abschlussklassen eine Chance haben, dass der Unterricht ab dem 27. April wieder weitergeht.

Meine Damen und Herren, trotz allem, was geleistet wurde – von der Staatsregierung, aber auch von den Bürgerinnen und Bürgern, von jedem Einzelnen in unserem Land –, um die Gefahr zu bannen, um in der Gefahr zu bestehen, müssen wir das eine lernen: Leben mit Corona.

Mit dem Virus leben lernen heißt aber nicht, dass wir uns nur mutlos in ein Zimmer zurückziehen und nichts mehr machen. Wir müssen einen Weg in eine neue Normalität finden. In der neuen Normalität muss sich die ganze Vielfalt der bayerischen Gesellschaft wiederfinden können. Jeder muss in dieser neuen Normalität seinen Platz haben und sich wieder zu Hause fühlen.

Deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir heute auch ein Signal in die Richtung von Kunst und Kultur senden. Meine Damen und Herren, Bayern ist ein Kulturstaat, wie Artikel 3 unserer Verfassung sagt. Kunst und Kultur machen das Leben in unserem Land lebenswert und verleihen ihm einen besonderen Glanz. Kunst und Kultur geben Hoffnung, geben dem Leben Sinn, geben und verleihen auch Solidarität und letztlich Menschlichkeit. Sie verleihen eine Menschlichkeit, die wir gerade in dieser Situation besonders brauchen. Daher danke ich besonders für dieses Signal an Kunst und Kultur. Ich hoffe, dass alle Kulturschaffenden baldmöglichst wieder auf den Bühnen stehen, in den Konzertsälen singen und unser Leben bereichern können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne sollten wir wachsam bleiben. Die Gefahr ist und bleibt da. Wenn wir wachsam sind, können wir den optimistischen Weg im Kampf gegen das Virus weitergehen und den Kampf gewinnen. Wenn wir nicht mehr wachsam sind, wird sich das Virus schnell an uns rächen. Das müssen wir verhindern. Bleiben wir wachsam, halten wir Abstand, aber halten wir zusammen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Horst Arnold für die SPD-Fraktion das Wort.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Nach wie vor gilt: Wir leben in einer Pandemie. Vorrang hat deswegen der Gesundheitsschutz.

Nach wie vor gilt auch: Die Bevölkerung hat die Maßnahmen bislang außerordentlich konstruktiv, einsichtig und innovativ begleitet. Nach wie vor gilt auch: Wir leben in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat. Das bedeutet, dass einschneidende Maßnahmen immer – und das meine ich im tagtäglichen Sinn – auf den Prüfstand der Verhältnismäßigkeit gestellt werden müssen.

Freiheit, Demokratie und Parlamentarismus haben nie Pause. Eingriffe und Beschränkungen sind deshalb fortwährend, transparent und verständlich zu erläutern. Gerade wegen der großen Einsicht der Bevölkerung ist es wichtig, sich ihren Argumenten offen und fair gegenüber zu zeigen. Natürlich werden wir dabei nicht allen Belangen Rechnung tragen können, aber es muss offen kommuniziert werden, warum das eine oder das andere nicht oder noch nicht möglich ist. Wenn das so geschieht, dann bestehen gute Chancen, auf dem bislang Erreichten aufzubauen. Ich sage aber auch ganz deutlich: Die Bevölkerung hat kein Verständnis dafür, wenn persönliche Profilierungsversuche, abgekoppelt von Notwendigkeiten, dazu führen, ein uneinheitliches Bild im

Bund und im Freistaat abzugeben. Das wird den Zielen der Pandemiebekämpfung nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere die Staatsregierung daher nachdrücklich zu einem einheitlichen und transparenten Vorgehen auf. Das erzeugt Vertrauen, und das ist letztendlich auch die Wahrung des Erfolgs.

Zum Stand heute ist Bayern auf einem guten Weg, diese beispiellose Krise zu bewältigen. Dennoch müssen wir weiterhin geduldig, diszipliniert und besonnen bleiben. Deshalb begrüßen wir seitens der SPD-Fraktion die behutsamen Lockerungen, die vergangene Woche im Bund und in den Ländern beschlossen worden sind. Diese Lockerungen sind gerade für Alleinstehende, aber auch für viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer von enormer Bedeutung. Genauso wichtig ist aber: Jetzt, da die vielfältigen ökonomischen und sozial-psychologischen Folgewirkungen der Krise immer mehr in den Vordergrund rücken, müssen wir als Politiker noch deutlicher das Signal in Richtung der Bürgerinnen und Bürger senden: Ja, wir verlangen euch eine ganze Menge ab, aber wir stehen fest an eurer Seite.

Wir müssen also noch stärker den Blick darauf richten, soziale Schieflagen in diesem Land zu verhindern. In der Gesundheitsversorgung, im Bildungsbereich, in der Arbeitswelt, in den Familien, in den unterschiedlichen Regionen – überall dort ist in Rekordgeschwindigkeit bereits einiges auf den Weg gebracht worden, gerade was die Schutzschirme und die Soforthilfen von Bund und Land oder auch das erleichterte Kurzarbeitergeld anbelangt. Als Landesparlament müssen wir an dieser Stelle dennoch folgende Fragen kritisch stellen: Wer profitiert in Bayern noch nicht oder noch zu wenig von den Hilfen, obwohl er diese dringend braucht? Wen lassen wir noch zu sehr allein?

Unabhängig von der beklagenswerten Situation der Versorgung mit medizinischen Schutzmasken möchte ich hier drei besonders wichtige Bereiche herausgreifen: die Familien, die Arbeitswelt und die Kommunen.

Erstens. Die Familien. Unverkennbar ist, dass viele Familien in Bayern inzwischen immer mehr an die Belastungsgrenze geraten. Mit jeder Lockerung steigt auch die Zahl systemrelevanter Berufe. Daher müssen wir die Notbetreuung für Kinder ausweiten. Es ist aber auch wichtig, diese nicht nur an den Berufsgruppen der Eltern auszurichten, sondern auch an der Belastungssituation der Eltern und vor allen Dingen der Kinder. Alleinerziehende, sozial benachteiligte Familien sowie Familien, die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, sind auf verlässliche Unterstützungsangebote angewiesen. Viele Familien brauchen auch Unterstützung beim Homeschooling, und zwar in Form von pädagogischen und technischen Hilfsmitteln und vor allen Dingen organisatorischen Leitlinien.

Herr Ministerpräsident, es ist einfach, Themen abstrakt zu benennen. Wichtiger ist es, diese Themen konkret zu lösen. Wir brauchen tatsächlich einen Sonderfonds Ausgleichsmittel für Kita-Gebühren; denn ohne Betreuung keine Gebühren. Herr Ministerpräsident, Sie haben es angesprochen. Das ist eine ursozialdemokratische Forderung. Wir bedanken uns dafür, dass Sie das erkannt haben. Wir werden die Umsetzung aufmerksam überwachen. Wir haben Hilferufe von Verbänden, der AWO, der Caritas usw. gehört. Ein sozialer Schutzschirm ist in Bayern dringend erforderlich. Auch das – das haben wir gehört – soll aufgenommen werden. Das ist eine alte Forderung von uns, wenn man das so sagen kann. Leider Gottes ist schon viel zu viel Zeit verstrichen. Wir werden daran mitarbeiten.

Wir haben Sportvereine, Jugendherbergen und all das bereits vorher thematisiert, und – jetzt kommt das Entscheidende – wir haben dazu ganz konkrete Haushaltsanträge gestellt, die hier in eineinhalb Stunden beraten werden. Das ist der Lackmustest, nämlich zum einen zu bekennen, Probleme erkannt zu haben, zum anderen die Lösungen zu suchen. Daran werden wir Sie messen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Die Arbeitswelt. Viele Menschen sind durch Corona von einem auf den anderen Tag in existenzielle Nöte geraten. Die bisherigen Hilfsprogramme konnten die Situation zwar für etliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer entschärfen, doch es gibt noch Nachsteuerungsbedarf, gerade was Selbstständige und Freiberufler betrifft. Es gilt auch, die Hilfen effektiv und schnell an die Betroffenen auszureichen, was wir bereits seit Wochen angemahnt haben. Besonders hart trifft dies nämlich die Kulturbranche. Kulturschaffende haben nicht nur mit aktuellen Einnahmeausfällen zu kämpfen, sondern ihnen fehlen auch mittelfristige Perspektiven. Hier müssen wir nachjustieren. Auch Sie haben dies hier angemahnt. Wir haben auch hierzu einen Antrag gestellt. Man wird ebenfalls sehen, wie das von Ihnen umgesetzt wird, ob Sie es ernst meinen.

Perspektiven in der Arbeitswelt benötigen aber auch die jungen Leute, die junge Generation. Wir als SPD werden uns in dieser Woche mit mehreren Anträgen unter anderem für eine Verbesserung der Situation von Bayerns Studierenden einsetzen. Zudem fordern wir, alles dafür zu tun, um Beschäftigungsprojekte und Ausbildungsplätze zu sichern. Auch eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes halten wir für dringend erforderlich. Diese kommt allen Beschäftigten alters- und branchenübergreifend zugute, auch in Bayern. Deswegen: Geben Sie, soweit vorhanden, Ihre Widerstände im Bund gegen die Initiative von Bundesminister Heil auf. Das ist ein besonders wichtiger Beitrag, um in diesem Bereich Kosten, unter denen alle entsprechend leiden, zu schultern, wobei in Bayern noch darauf hinzuweisen ist, dass die besondere Situation der überhohen Mieten in Ballungszentren gesondert zu behandeln ist.

Drittens. Die Kommunen. Die SPD-Landtagsfraktion war die erste Fraktion, die sich für einen kommunalen Schutzschirm mit 1,3 Milliarden Euro, 100 Euro pro Kopf, starkgemacht hat. Die Kommunen erhalten das Leben vor Ort aufrecht und sind Sachaufwandsträger für viele Schulen und Kitas und spielen damit auch eine besondere Rolle bei der Sicherstellung der erforderlichen Hygienestandards. Auch hierzu haben wir einen Haushaltsantrag vorgelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Gesundheitsschutz der Bevölkerung hat auch weiterhin oberste Priorität, aber Gesundheit – und das muss uns klar sein – ist nicht nur auf den Körper begrenzt. Gesundheit hat auch eine psychische und eine soziale Dimension. Damit steht und fällt auch unsere Wirtschaft. Jetzt ist die Zeit der nachhaltigen Solidarität, das heißt, behutsam und verantwortungsvoll zu handeln, realistische Perspektiven aufzuzeigen, aber keine falschen Hoffnungen zu wecken – in Bayern, in Deutschland, in Europa und in der Welt. – Bleiben Sie gesund!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Arnold. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Kollegen Martin Hagen aufrufen. Bitte schön. Kollege Hagen, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Ministerpräsident, Sie haben heute in Ihrer Regierungserklärung gesagt: Wir haben Bayern vor dem Schlimmsten bewahrt. Das war wichtig, das war gut, und das haben wir und das haben Sie gut gemacht. Sie haben heute auch gesagt, es brauche die Diskussion über den richtigen Weg. Für diese Worte bin ich Ihnen besonders dankbar; denn diese Diskussion fordern wir schon seit Langem ein und führen sie als Oppositionspartei schon seit Langem. Mit Ihrem Satz, es brauche die Diskussion über den richtigen Weg, haben Sie sich auch heute wohltuend von den Worten der Kanzlerin abgegrenzt, die verlautbaren hat lassen, sie hätte etwas gegen – Zitat – Öffnungsdiskussionsorgien.

Ich glaube, auch in der Krise ist Regierungshandeln niemals alternativlos. Auch in der Krise braucht es immer einen demokratischen Diskurs. Auch in einer Krise, auch in einem Notstand muss es immer erlaubt sein, Sinnhaftigkeit und Verhältnismäßigkeit von Regierungsmaßnahmen zu hinterfragen. Die Diskussionen mögen für Regierende manchmal lästig sein; sie sind aber notwendig. Auch eine Kanzlerin muss sich solchen Diskussionen stellen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen die Diskussion führen. Sie ist ja jetzt mittlerweile auch im Gange. Ein in Bayern führender Journalist hat kürzlich geschrieben:

Das große Pfund von Markus Söder in dieser Krise war sein klarer Kurs. Für mich gerät der Ministerpräsident jetzt ins Schlingern.

Ein guter Kurs

– so schreibt er weiter –

kann auch ein harter Kurs sein – solange er für die Bevölkerung nachvollziehbar ist.

Was diese Nachvollziehbarkeit angeht, ist es in den vergangenen Tagen bei der bayerischen Politik leider schlechter geworden. Ich nenne Ihnen Beispiele. Die Geschäfte in Bayern dürfen ab dem 27.04. wieder öffnen, die Gärtnereien allerdings schon sofort, Blumenläden hingegen überhaupt nicht. Buchhandlungen dürfen ab dem 27. April öffnen, Bibliotheken hingegen nicht; es sei denn, sie sind Hochschulbibliotheken, dann dürfen sie das sofort. Buchhandlungen dürfen genauso wie Fahrradläden oder Autohäuser auch größer als 800 m² sein, Möbelhäuser hingegen wieder nicht.

Herr Ministerpräsident, Sie haben diese 800-m²-Regel mit dem Massenandrang in den Städten, den es zu verhindern gelte, gerechtfertigt. Wenn Sie den Massenandrang in den Städten fürchten, warum schaffen Sie dann nicht Regeln, die auf die Städte zugeschnitten sind? Sagen wir zum Beispiel, in der Kaufingerstraße dürfen an einem Tag die Geschäfte mit gerader Hausnummer und am anderen Tag diejenigen mit ungerader Hausnummer öffnen, oder am Montag die Schuhgeschäfte, am Dienstag die Kleidungsgeschäfte oder wie auch immer. Eine Regel aber mit dem Massenandrang in den Städten zu begründen, die dann insbesondere große Möbelhäuser auf der grünen Wiese oder große Geschäfte im ländlichen Raum trifft, ist nicht zielgenau und schafft zudem Ungerechtigkeiten. Das möchten wir bitte ändern. Nordrhein-Westfalen hat unter der FDP-Regierungsbeteiligung eine Ausnahmeregelung für Möbelhäuser ge-

schaffen. So etwas sollten wir hier auch schaffen oder besser noch diese 800-m²-Regel komplett kippen.

Ab heute freut sich der Einzelhandel in Sachsen, Thüringen, Hessen und Baden-Württemberg auf die Nachholeffekte der bayerischen Konsumenten. Der Handel hat sich erhofft, dass die Bürger, wenn sie ihr Geld jetzt wochenlang nicht ausgeben dürfen, es dann nachher umso mehr ausgeben. Da schaut der bayerische Einzelhandel leider in die Röhre, weil wir in Bayern die Läden eine Woche später als unsere Nachbarländer öffnen. So ein regional differenziertes Vorgehen kann man machen. Es muss dann aber bitte schlüssig begründet werden, und eine schlüssige Begründung, warum man in Ulm, in Baden-Württemberg, einkaufen darf und in Neu-Ulm, in Bayern, nicht, sind Sie bisher schuldig geblieben, Herr Ministerpräsident. – Eine schlüssige Begründung ist nicht, dass wir in Bayern einfach immer alles einen Tick härter machen als die anderen.

Für eine Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürger, die auch dazu beiträgt, dass die Schutzmaßnahmen eingehalten werden, ist es wichtig, den Eindruck zu vermeiden, dass es um irgendetwas anderes als um die Sache geht. Ich glaube, den meisten Leuten ist es ziemlich egal, wer Kanzlerkandidat der Union wird. Entscheidend ist, dass wir die Corona-Krise in den Griff bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie sagten: Corona bleibt. Sie sagten auch: Wir müssen auf Sicht fahren. – Ja, Corona bleibt, aber reine Durchhalteparolen reichen nicht aus, und das Fahren auf Sicht ersetzt auch keine Strategie. Eine Strategie bedeutet, dass wir zunächst das Ziel definieren, das wir mit den Maßnahmen erreichen wollen.

Klar ist – Stichwort: Corona bleibt –: Ein Impfstoff wird so schnell nicht da sein. Wahrscheinlich wird er erst im Jahr 2021 eingeführt werden.

Was ist also das Ziel, das wir mit den Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, erreichen wollen? Ist das Ziel, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, das exponentielle Wachstum zu stoppen, die Kurve abzuflachen? Oder ist das Ziel, die Ausbreitung des Virus komplett zu stoppen, das Virus sozusagen auszutrocknen? Oder ist das Ziel ein anderes? – Je nachdem, was wir als Ziel definieren, sind unterschiedliche Mittel notwendig, zielführend und verhältnismäßig, Herr Ministerpräsident.

668 Corona-Patienten liegen derzeit auf Bayerns Intensivstationen. 1.566 Intensivbetten sind frei; die Zahl der Betten erhöht sich, weil wir unser Gesundheitssystem nach und nach befähigen. Die Zahl der Patienten ist derzeit rückläufig, weil der Reproduktionsfaktor – Sie haben es geschildert – bei 0,7 und damit bei unter 1 liegt.

Was ist also die Strategie, und was ist der Fahrplan, der aus dieser Strategie folgt? Einen richtigen Exitfahrplan, der an epidemiologischen Kennzahlen und medizinischen Kapazitäten entlang erklärt, was wann zu passieren hat, hat die Regierung nach wie vor nicht. Eine solche klare Perspektive hätten die Bürger und die Wirtschaft in Bayern aber verdient, Herr Ministerpräsident.

Die Gastronomie in Bayern steht vor einer enormen Herausforderung. Viele stehen unmittelbar vor einer drohenden Insolvenz. Herr Ministerpräsident, Sie sagten, Sie hätten für die Gastronomie noch keinen Fahrplan und es könne einen solchen Fahrplan auch nicht geben. – Ich gebe Ihnen recht, wenn Sie damit ein festes Datum meinen, und der Seitenhieb gegen Ihren Koalitionspartner ist da auch angekommen, Herr Ministerpräsident. Koppeln Sie aber bitte einen Fahrplan für die Gastronomie und für die Hotellerie an konkrete Bedingungen; denn die Gastronomie und die Hotellerie brauchen eine Perspektive.

Wir als FDP haben einen Exitplan vorgelegt, der sich an konkreten Bedingungen orientiert – an der Reproduktionszahl, an der Verdopplungszeit, an dem Vorhandensein von medizinischen Kapazitäten. So könnten wir auch den gastronomischen Betrieben eine Perspektive geben und sagen, was erreicht sein muss, damit sie wieder öffnen

dürfen. Die gastronomische Vielfalt in Bayern ist in Gefahr, und wir sollten das uns Mögliche tun, um sie zu erhalten.

Zum Thema Maskenpflicht: Ich habe mich sehr gefreut, dass die Regierung den Vorschlag, den wir vor drei Wochen gemacht haben, aufgenommen hat, und – das ist ehrlich gemeint, Herr Ministerpräsident – ich finde es gut, dass die Regierung in dieser Zeit Anregungen der Opposition aufnimmt. Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern haben es bereits vorgemacht. Jena – FDP-regiert – war die erste Stadt, die eine Maskenpflicht eingeführt und damit bisher sehr gute Ergebnisse erzielt hat.

Ihr Koalitionspartner hielt eine Maskenpflicht bisher für – Zitat – brandgefährlich, verantwortungslos und neoliberal.

(Zuruf)

Ich freue mich,

(Zurufe)

dass Sie den Koalitionspartner hier auf Kurs gebracht haben, Herr Ministerpräsident. Natürlich müssen wir nach der Bewältigung der akuten Krise aber auch darüber reden, wie es passieren konnte, dass die Regierung bei der Bevorratung von medizinischen Masken so versagt, dass es keinen Katastrophenschutz gibt, der seinen Namen verdient.

Es geht hier nicht um medizinische Masken, sondern es geht um einen Mund-Nasen-Schutz. Es geht nicht darum, dass wir Ärzten und Pflegern etwas wegnehmen, sondern es geht darum, dass sich die Bürger, wie manche Abgeordneten hier auch, mit einem einfachen Mundschutz schützen bzw. weniger sich selber als andere schützen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, die Öffnung von Schulen müsse klug vorbereitet sein. Das kann ich nur unterstützen. Ich frage mich aber auch, was der Kultusmi-

nister in den vergangenen fünfeinhalb Wochen gemacht hat. – Vor fünfeinhalb Wochen hat Bayern die Schulen geschlossen.

(Zuruf)

Herr Piazzolo war – das war jedenfalls mein Eindruck – seitdem ein wenig untergetaucht. Jetzt heißt es: Wir müssen die Öffnung der Schulen klug vorbereiten. Hätte man das nicht in den letzten fünfeinhalb Wochen machen können? Hätte man die Zeit denn nicht nutzen können, um ein Konzept für den Schulweg zu entwickeln?

(Zurufe)

Hätte man die Zeit nicht nutzen können, um ein Konzept für den Schichtbetrieb in den Schulen und ein Hygienekonzept zu entwickeln? Wie sieht es aus? Haben wir in Bayerns Schulen mittlerweile Desinfektionsspender bei den Toiletten? Ich habe davon bisher nichts gesehen.

(Unruhe)

Zum Thema Wirtschaft: Ihre Regierung rühmt sich der Soforthilfen. Nach dem, was ich aus den bayerischen Unternehmen höre, kommen die Soforthilfen derzeit noch zu spät bei den Betrieben an. Solo-Selbstständige erreichen sie überhaupt nicht. Anders als in anderen Bundesländern werden die Soforthilfen aus Bayern auch mit den Soforthilfen des Bundes verrechnet. Herr Streibl hat das beschönigend "verzahnt" genannt. Ich glaube, die Betriebe freuen sich, wenn sie das, was sie aus Bayern bekommen, zurückzahlen müssen, weil der Bund ebenfalls eine Soforthilfe zahlt. Das ist, meine Damen und Herren, keine Verzahnung, sondern das ist eine Verrechnung. Andere Bundesländer machen das besser.

Ich bin allerdings – um jetzt die Regierung sozusagen nicht nur zu kritisieren, die, und dabei bleibe ich, an vielen Punkten einen guten Job macht – auch froh, dass sich Anregungen aus anderen Oppositionsfraktionen bisher nicht in konkreter Politik niederschlagen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte achten Sie auf die Redezeit.

Martin Hagen (FDP): Ich habe auch bisher von der bayerischen SPD noch relativ wenig über den Vorstoß ihrer Bundesvorsitzenden gehört, eine Corona-Abgabe einzuführen, die dazu führt, dass Familienunternehmen, die Soforthilfen von Bund und Land bekommen,

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Hagen, Ihre Redezeit!

Martin Hagen (FDP): diese durch eine Substanzbesteuerung wieder an den Staat abgeben müssen. Das wäre in den jetzigen Zeiten Gift für die Wirtschaft, und so etwas brauchen wir wirklich nicht.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Das Wort hatte der Herr Abgeordnete Hagen. – Ich darf jetzt den fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda aufrufen. Die Redezeit beträgt drei Minuten.

Zwischendurch nutze ich erneut die Möglichkeit, mich herzlich bei den Offiziantinnen und Offizianten für ihre Achtsamkeit und Sorgfalt zu bedanken. Vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium!

(Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, drei Minuten! Keine selbstgeschaffenen vier Minuten. Es bleibt bei drei Minuten.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hatten Sie vorher nicht gesagt, der Herr Ministerpräsident habe sehr lange überzogen? – Werde ich benachteiligt im Verhältnis zu den anderen Abgeordneten?

(Unruhe)

Nun gut, wollen wir das nicht während meiner Redezeit ausdiskutieren. — Ich stehe hier vor Ihnen als Volksvertreter, und deshalb begrüße ich auch das hochgeschätzte Volk, deshalb begrüße ich unsere hochgeschätzte Bevölkerung draußen an den Fernsehern.

Ich habe wirklich keinen Grund, diese Selbstbeweihräucherung, die ich jetzt heute erlebt habe, zu teilen. Ich möchte durchaus einmal zurückschauen für unsere Staatsregierung, was wir denn erlebt haben. Angsterfüllende Worte, es geht um Leben und Tod, den Corona-Tod. So hat es uns Mitte März in den Ohren geklungen vom Macht-Quartett der Frau Merkel, des Herrn Söder, des Herrn Laschet und des Herrn Scholz. Auch andere haben sich angeschlossen. Eine nie dagewesene Drangsal gab es dann für die Menschen in Deutschland, nämlich den sogenannten Lockdown. Und was ist das? – Wir haben es erlebt: Quarantäne, ja Hausarrest bedeuten fast Isolationshaft für alle von uns. Wir haben das alle erlebt. Das gilt nicht nur für Seucheninfizierte, für Infektionskranke oder für bloße Verdächtige. Eine WHO-Pandemie ist der Hintergrund. Das ist aber nichts anderes für uns hier in Bayern als eine angenommene Infektionsgefahr, so wie es im Infektionsschutzgesetz steht, eine scheinbare Infektionsgefahr.

Wie stark oder schwach sie ausfällt, wird wahrscheinlich weltweit ganz unterschiedlich sein. Der Herr Söder hat dann den Paukenschlag getan und den Katastrophenfall erklärt. Er hat über seine Gesundheitsministerin gleichzeitig auch den Gesundheitsnotstand, zu dessen Erklärung Sie alle hier im Hohen Haus unsere Regierung ermächtigt haben, im Rahmen einer Verboteverordnung ausrufen lassen. Diese Verboteverordnung hat es in sich. Sie geht nämlich an die Substanz unseres menschlichen Rechtspersonlichkeitsdaseins, an die Würde, die wir alle haben; denn sie hat unsere soziokulturelle Existenz – wie es das Bundesverfassungsgericht ausgedrückt hat – auf null reduziert.

Das ist ein nie dagewesener einzigartiger Rechtsmissbrauch des Staates, weil er unverhältnismäßig und undifferenziert erfolgt ist. Einschränkungen in allen Grundrechtsbereichen und im Kernbereich, sogar beim Versammlungsrecht oder beim Gewerbe-recht, sind der Fall. Oder durften Sie eine Versammlung abhalten? – Nein! Sie durften die Demokratie nicht weiter pflegen.

(Zuruf)

Das ist eine Missachtung der Menschenwürde, weil uns als Persönlichkeit die Selbstverantwortung aberkannt wurde.

Dieses Einsperren des Souveräns, nämlich des Volks, ist einmalig in unserer Nachkriegsgeschichte. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, verehrte Abgeordnete im Hohen Haus, was Sie dazu bewogen hat, das so durchgehen zu lassen.

(Zurufe)

Ich habe jeden Tag in meiner früheren Berufszeit Menschenleben gerettet.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, denken Sie an die Redezeit.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich habe dazu beigetragen und würde das auch weiterhin tun. Das hier ist mir allerdings eine zu billige Antwort.

(Zuruf)

Ich möchte vor allem – damit komme ich zum Schluss – unserem sehr geschätzten Herrn Ministerpräsidenten sagen: Überspannen Sie den Bogen nicht. Präsident Reagan hat einmal gesagt: Tear down this wall! Ich sage Ihnen: Tear down the Lockdown. Es könnte nämlich sonst so sein, dass Sie in der bayerischen Geschichte zu "Markus, der Schreckliche" werden.

(Zurufe)

Das möchte ich keinesfalls. Geben Sie uns unsere Würde zurück.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Swoboda. – Das Wort hat nun der Kollege Markus Plenk. Die Redezeit beträgt ebenfalls drei Minuten. Bitte sehr.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung ausgeführt, dass die Staatsregierung konsequent und rechtzeitig gehandelt habe, dass sie Bayern vor dem Schlimmsten bewahrt habe. Ich frage mich, woher Sie das wissen wollen. Ich glaube nicht, dass das Schlimmste schon vorüber ist. Ich glaube, das Schlimmste steht uns erst bevor.

Sie haben außerdem gesagt, Sie hatten von Anfang an alles im Blick. Da frage ich mich: Wann war dieser Anfang? War dieser Anfang 2012, als man im Bundestag bereits eine Risikoanalyse in Sachen Pandemie durchgeführt hatte mit klaren Empfehlungen, oder war dieser Anfang im Januar dieses Jahres, als man die ersten Hiobsbotschaften aus China erhalten hat, oder war dieser Anfang letztendlich erst Anfang März, wovon ich persönlich ausgehe, als nach langer Untätigkeit seitens der Staatsregierung in einer Hauruckaktion einschneidende Maßnahmen beschlossen wurden, weil die Zahl der in Bayern erfassten Infektionen ebenso wie die Zahl der Todesfälle stark anstieg? Mittlerweile steht Bayern mit Abstand an der Spitze der traurigen bundesdeutschen Corona-Statistiken. Wie wir den offiziellen Zahlen des Robert-Koch-Instituts entnehmen können, war hier jedoch die effektive Reproduktionszahl vor dem Shutdown bereits auf circa eins gesunken. Das Maximum der Reproduktionsrate des Virus lag also bereits vor dem Shutdown. Die Notwendigkeit für den Shutdown und dessen Erfolg erscheinen deshalb zweifelhaft.

Es stellt sich die Frage: Gab es möglicherweise auch eine politische Motivation für diese drastischen Maßnahmen? Die Reproduktionszahl war bereits damals an der angepeilten Benchmark angekommen. Man brauchte also nur noch Maßnahmen, um

sich später den Erfolg auf die eigenen Fahnen schreiben zu können und um daraus politischen Profit zu schlagen, was ja auch funktioniert hat, wenn man die aktuellen Umfragewerte betrachtet.

Ganz sinnlos – das räume ich auch ein – waren die Maßnahmen natürlich nicht. Die Reproduktionszahl liegt heute bei 0,7, was eine wesentliche Verbesserung der Situation im Vergleich zu der Situation im März darstellt. Trotzdem hat der Weltärztepräsident kritisiert, dass Bayern die höchste Infektionszahl und die höchste Sterbequote sowie die niedrigste Verdopplungszeit an Infektionen aufwies bzw. auch immer noch aufweist. Die Söder'sche Politik der harten Hand führe offensichtlich nicht zum Erfolg. Es helfe nichts, das Denken abzuschalten, hat er ausgeführt. In der Krise sei Vernunft gefragt und keine dramatischen Aktionen.

Ähnlich äußerten sich der Präsident der Kassenärztlichen Vereinigung sowie der Chef der Bundesärztekammer. Außerdem haben wir mittlerweile auch vom Deutschen Richterbund Ausführungen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, bitte beachten Sie die Redezeit!

Markus Plenk (fraktionslos): Die Verhältnismäßigkeit ist vom Deutschen Richterbund inzwischen auch infrage gestellt worden. Ich fordere Sie daher auf, diesen Shutdown und die weitere unnötige Demontage unseres freiheitlichen Rechtsstaates zu unterlassen. Den Shutdown, wenn auch aufgelockert, über den Sommer hinweg fortzuführen, ist aus meiner Sicht weder verhältnismäßig noch zielführend.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Plenk. – Ich erteile nun das Wort dem Herrn Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion. Sie haben noch fünf Minuten zur Verfügung.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Manchmal fragt man sich, wie die Bayerische Staatsregierung überhaupt in der Lage gewesen wäre, in der Corona-Krise zu reagieren, wenn es das österreichische Vorbild namens Sebastian Kurz nicht gegeben hätte. Dieser hat dann gehandelt, als es opportun war zu handeln, nämlich bereits Wochen, bevor man sich in Bayern zu den ersten Schritten hinreißen hat lassen. Wien hatte einen Pandemieplan, während in Bayern noch zahlreiche Flugzeuge aus China, Italien oder anderen Risikogebieten landeten und noch das eine oder andere Starkbierfest stattfand, wie zum Beispiel nicht nur in Tirschenreuth, sondern auch in Rosenheim, gegen den Rat des zuständigen Gesundheitsamtes, aber mit dem Segen der CSU-Oberbürgermeisterin. Und nun ist das Kind in Bayern in den Brunnen gefallen, auch wenn vonseiten der Koalition bei jeder Gelegenheit behauptet wird, Bayern wäre Corona-Vorzeigeland. Das ist es mitnichten. Bayern ist stark betroffen.

Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery stellte jüngst fest: "Bayern steht am schlechtesten da", wie uns der "Münchner Merkur" berichtete. Unser Ministerpräsident sitzt dann bei der Pressekonferenz in Berlin wie ein kleiner Schuljunge neben der genauso wenig krisenmanagementtauglichen Kanzlerin und nickt zustimmend, während Frau Merkel erklärt, dass man selbstgenähten Mundschutz im Backofen oder mit dem Bügeleisen desinfizieren könne. Ab der nächsten Woche haben wir dann auch noch die Mundmaskenpflicht, wogegen einige Hygieniker bereits ihre Bedenken angemeldet haben. Es gibt Doktorarbeiten, in denen dargelegt wird, dass dies nicht sinnvoll ist. Heute wurden Dankesworte an die mündigen Bürger gerichtet, die bereits Masken verwenden. Ich frage mich deshalb, warum jetzt eine Pflicht eingeführt werden muss, wenn das bereits wunderbar funktioniert. Herr Dr. Söder, gehen Sie einmal einkaufen, wie das die Frau Kanzlerin bereits medienwirksam gemacht hat. Dann werden Sie sehen, dass die Verwendung der Masken in den Supermärkten und den Geschäften bereits wunderbar funktioniert, auch ohne Zwang.

Immer noch wird behauptet, man wäre gut vorbereitet und hätte die Lage unter Kontrolle. Wie wurden wir noch Anfang Februar belächelt, als wir uns mehr Kontrollen an den Flughäfen gewünscht haben? Wie haben wir in diesem Saal über die isolationsfähigen Einzelzimmer in bayerischen Krankenhäusern diskutiert? Herr Dr. Söder, was ist denn mit unserer Forderung nach den Tests für das Klinik- und Praxispersonal? Warum sind Sie darauf nicht eingegangen?

Welche Schlüsse können wir aus dem Corona-Desaster in Bayern ziehen? – Der Weg vieler politischer Entscheider, sich von Unternehmensberatungsfirmen Konzepte zur Profitoptimierung in öffentlichen Kliniken aufschwätzen zu lassen und mit Investmentpartnern die öffentlichen Kliniken in Bayern zu sogenannten Profitcentern zu machen, ist fundamental gescheitert. Das öffentliche Krankenhauswesen ist kein bisschen pandemiefähig, weil es nur auf die finanziellen Interessen von Eigentümern und Betreibern ausgerichtet ist. Das betrifft die ganzen Investmentgesellschaften in diesem Bereich, zum Beispiel Helios oder Asklepios und wie sie alle heißen, genauso wie die zahlreichen Landräte und Oberbürgermeister in unserem Land, die aus ihrem "faden" Kreiskrankenhaus mit einem "langweiligen" Vorratslager und wohnortnaher Versorgung ein Gesundheitsunternehmen größeren Ranges mit hoher Rendite machen wollten.

Die öffentlichen Krankenhäuser in Bayern müssen wieder für die Bürger da sein. Sie müssen personaladäquate Arbeitsbedingungen sichern und auch im Krisenfall eine wohnortnahe Versorgung bieten. Corona zeigt uns, wie notwendig ein engmaschiges Netz aus Krankenhäusern ist und wie nachteilig eine ausgedünnte Krankenhauslandschaft sein kann. Gedankenspiele, die rund 1.600 Krankenhäuser in Deutschland auf wenige Hundert zu reduzieren, haben sich hoffentlich für immer erledigt. Wer in der Vergangenheit derartige Konzepte propagiert hat, hat sich seit Corona endgültig disqualifiziert. Es freut mich, dass Herr Kollege Streibl in seinen Ausführungen diese AfD-Position vertreten hat.

Die CSU-Gesundheitspolitik der letzten Jahre hat uns schlecht auf die Corona-Krise vorbereitet. Sie hat stattdessen das Profitstreben in den Vordergrund gestellt. Die Tatsache, dass nun händeringend versucht wird, die Produktion von Beatmungsgeräten, Desinfektionsmitteln und Mundschutzmasken selbst zu organisieren, zeigt, dass Elementares im Zuge von Globalisierungswahn und Kostenoptimierung übersehen wurde. Wir brauchen nicht Krankenhäuser mit Rendite und optimierten Bilanzen, sondern ein Gesundheitswesen, das den Menschen und die Humanität in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall bei der AfD)

Herr Dr. Söder, rufen Sie bei dieser Gelegenheit wieder einmal in Wien an, wo das alles sehr gut funktioniert, oder fragen Sie einfach die AfD!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter Winhart. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt, das Thema allerdings leider noch lange nicht.